

# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 220.

Magdeburg, Sonnabend, den 20. September 1902.

18. Jahrgang.

## Gemeinde-Zeitung.

### Aus dem Stadtverordneten-Sitzungsprotokoll

Magdeburg, den 18. September 1902.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Wänisch eröffnet die Sitzung um 4 1/2 Uhr.  
Zuerst werden einige Rechnungsprüfungen erledigt. — Es folgen sodann

### Verpachtungen und Geldbewilligungen.

Der Magistrat beantragt die Verpachtung des städtischen Ackerstücks in der Gemarkung Eiben, 1 Hektar 27 A 66 Quadratm. Größe, an den Landwirt Friedrich Gerich in Weigendorf auf 5 Jahre vom 1. November 1902 ab für jährlich 22,98 M.

Stadtv. Wandworth beantragt die Ablehnung, weil der Pachtzins zu gering sei.

Stadtv. Morgenstern und Stadtv. Schäfer sind gegenwärtiger Meinung.

Stadtrat Maschke hält es nicht für angebracht, in jetziger Zeit das Grundstück zu verkaufen. Wenn man aber den Verkauf vermeiden will, dann bleibt nichts anderes übrig wie Verpachtung.

Stadtv. Götze fragt, wie es kommt, daß zu dergleichen niedriger Pacht überhand zu nehmen ist.

Stadtrat Maschke meint, daß der billige Pachtzins an der Qualität des Acker liegt.

Stadtv. Schäfer: Es ist schon vorgekommen, daß für einen Morgen Ackerland 10 Pfg. Pacht geboten wurden.

Die Magistratsvorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und vereinzelter bürgerlicher Stadtverordneten angenommen.

1400 Mark werden unter Einstellung dieser Summe über den 400 Mark betragenden Durchschnittsbeitrag, also von 1800 Mark, zur Beschaffung von 50 neuen Schulbänken für das Real-Gymnasium gefordert. Im Namen des Schul-Ausschusses beantragt Stadtv. Dupont die Bewilligung, welche erfolgt.

2300 Mark werden zur Herstellung und Pflasterung der Goethestraße vor dem Grundstück Nr. 2 auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Memann 2 bewilligt.

4700 Mark werden zur Kanalisierung der Strecke B der Salzweberstraße gefordert.

Berichterstatter Stadtv. Niemann 2 beantragt die Annahme, gegen welche sich kein Widerspruch erhebt.

1800 Mark werden zur Pflasterung der Bürgersteige vor den Neubauten des Maurermeister Wirtz in der Falkenberg- und Königgräberstraße bezw. im Kaiser Otto-Ring gefordert.

Berichterstatter Stadtv. Ungnade beantragt die Annahme, welche erfolgt.

9900 Mark werden unter Überschreitung der bereits bewilligten 37 200 Mark um 1500 Mark zum Bau eines Thonrohrkanals in der Hospitalstraße gefordert.

Berichterstatter Stadtv. Ungnade beantragt die Bewilligung, welche erfolgt.

Die für den Neubau des Straßenreinigungshofes in der Nötgerstraße bewilligten 105 000 Mark sind um 12 690 Mark 32 Pfg. überschritten worden.

Berichterstatter Stadtv. Niemann 2 beantragt die Nachbewilligung dieser Summe, welche erfolgt.

2200 Mark werden gefordert zur Umänderung der Aborte auf dem Schulgrundstück Nagentenstraße 17 in solche mit Wasserpflanzung, von welcher Summe der Gemeindefiskus zu St. Nicolai nach der Beendigung der Arbeit die Hälfte zu erstatten hat.

Berichterstatter Stadtv. Müller beantragt die Annahme.

Stadtv. Wandworth fragt an, wie lange das fragliche Grundstück noch zu Schulzwecken verwendet werden soll.

Schulrat Platen: Es besteht die Pflicht, das Grundstück aufzugeben, aber die Sache hat keine Eile, weil wir mit der Kirchenbehörde in Unterhandlungen stehen, damit uns von dieser ein geeignetes Grundstück zur Verfügung gestellt wird. Das Grundstück wird uns aber noch später eine geeignete Anstaltsstätte für solche Institute — z. B. Wohltätigkeits-Anstalten und Kindergärten — sein, die wir anderwärts nicht unterbringen können.

Stadtv. Dr. Kaufsch spricht gegen Stadtv. Wandworth für die Vorlage.

Stadtv. Jänisch: Eine Straße wie die Nagentenstraße mit ihrem miserablen Pflaster eignet sich zu einer Schule sehr wenig. Ich beziehe die Sache nicht für eilig. Das Grundstück muß ja doch bald verkauft werden. Die Polizei kann entschieden nicht verlangen, daß auf Kosten der armen Leute, die es als Steuerzahler bezahlen müssen, diese Klosetts umgebaut werden. Es bedarf nur eines Briefes unseres Oberbürgermeisters an den Polizeipräsidenten, damit der kostspielige Umbau vermieden wird. Da die Schule doch ungeeignet ist, bitte ich die Vorlage abzulehnen.

Schulrat Platen: Der jetzige Abort ist hygienisch sehr bedenklich. Was sollen die Bürger denken, wenn der Stadt von der Polizei erlaubt wird, einen gesundheitsgefährlichen Abort zu dulden, weil das Grundstück der Stadt gehört, einen Zustand, der in keinem Privathaus erlaubt werden würde. Wo bleibt denn da die Gleichberechtigung? Was soll denn das für einen Eindruck machen, wenn dergleichen vorkommt? Gegen den Standpunkt des Herrn Jänisch muß daher Verwahrung eingelegt werden.

Stadtv. Körner: Ich wünsche, daß die Schule recht bald abgebrochen wird und dort ein schönes Schhaus — am besten ein Warenhaus — errichtet wird. Aus Gesundheitsrückichten bitte ich um Annahme der Vorlage.

Stadtv. Jänisch: Da sich der Herr Schulrat bei dem Zustande, der in den Klosetts so lange geherrscht hat, ganz wohl befunden hat, wird er die dortigen Verhältnisse wohl noch eine Zeitlang mit ansehen können.

Stadtv. Niemann 2: Der Geruch ist jetzt dort nicht mehr so schlimm wie früher.

Stadtv. Haupt (Soz.): Ob sich der Herr Schulrat dort wohl befunden hat, ist wohl nicht von Wichtigkeit, sondern es handelt sich darum, daß die Kinder dort nicht krank werden. Wenn der Herr Schulrat die Vorlage glatt durchbekommen wollte, so hätte er — da er doch die Eigenart der Stadtverordnetenmehrheit kannte — den Neubau der Schule mit Rücksicht auf die ungesunden Klosetts beantragen müssen. Dann hätten die Herren in der Stadtverordnetenversammlung sicher erklärt, die Schule sei ganz ausgezeichnet. Man solle nur die Aborte umbauen, dann sei alles erledigt.

Eingelaufen ist ein Antrag Jänisch, bei der Polizei um die Genehmigung zur Aufrechterhaltung des alten Zustandes einzukommen. Die Magistratsvorlage wird mit einer großen Mehrheit, zu der auch die Sozialdemokraten gehören, angenommen. Damit ist der Antrag Jänisch gefallen.

Beschlossen wird der Neubau der obligatorischen gewerblichen Fortbildungsschule an der Straße „Am Krötenhor“.

Der Magistrat teilt mit, daß Einsprüche gegen die Wichtigkeit der Bisse der stummfähigen Bürger bezw. der Gemeindefiskus nicht erhoben worden sind.

Stadtv. Jänisch regt die Vorlegung einer Statistik über die Verschlebung der Wählerabteilungen an.

Stadtv. Haupt (Soz.) schließt sich dieser Anregung an. Es ist für die Mitglieder der Versammlung und für die gesamte Öffentlichkeit von Wichtigkeit, daß statistisch festgestellt wird, welche Wirkung die Wahlrechtsvorlage gehabt hat.

Die für die Legung von Wasserrohren in der Königstraße, im Kaiser Otto-Ring, in der Richard Wagner-, der Beethovens-, der Mozart- und der Beaumontstraße, sowie eines Nebenwasserrohres im nördlichen Bürgersteig des Kaiser Otto-Ring bewilligten 28 150 Mark sind um 11 656,42 Mark überschritten worden.

Berichterstatter Stadtv. Müller beantragt die Nachbewilligung, welche erfolgt.

Der Magistrat beantragt die Verlängerung des Pachtvertrages mit der Dampfseilfährt-Gesellschaft vereinigter Elbe- und Saaleschiffer über den städtischen Schiffsanlag an Winterhafen bis zum 30. Juni 1913 unter Erhöhung der Pachtsumme vom 1. Juli 1903 ab auf 2500 Mark und unter den sonstigen Bedingungen des Pachtvertrages.

Der Berichterstatter Stadtv. Friedberg beantragt mit der Gesellschaft über den Besitz der Sellaingsanlage zu verhandeln und entweder diesen Besitz der Stadt zu reservieren oder der Gesellschaft unter Verlängerung des Pachtvertrages.

Der Antrag wird mit einer geringen Mehrheit, zu der auch die Sozialdemokraten gehören, angenommen.

Der Magistrat beantragt die Festsetzung der Erhebung des Anschlaggeldes der Firma E. W. Neumann auf etwa 100 Meter Länge in das städtische Wasserwerkgrundstück auf dem Wolfswerder und die Verpachtung des in den Grundbesitz der genannten Firma hineingeragenden Dreiecks vom städtischen Wasserwerkgrundstück in der Größe von rund 2 Morgen auf 15 Jahre an die Firma E. W. Neumann für jährlich 200 Mark. Berichterstatter Stadtv. Müller beantragt die Annahme, welche erfolgt.

900 Mark werden zur Reparatur der Heizungsanlagen der Gruson-Gewächshäuser gefordert. Berichterstatter Stadtv. Körner beantragt die Genehmigung, welche erfolgt.

Der Vorstand der Magdeburger Liedertafel, gegründet 1819, hat ein Gesuch um Freilassung der hiesigen Gesangvereine von der Luftbarkeitssteuer eingebracht, wenn diese ihre musikalischen Vorträge bei zwanglosen Zusammenkünften freiwillig und ohne Entgelt darbieten. Im Namen des Eingaben-Ausschusses referiert Stadtv. Brandes (Soz.) und schlägt, da Ausnahmen nicht zugelassen werden dürfen, die Zurückweisung der Eingabe vor. Nim Eingaben-Ausschuss aber war man ausnahmslos der Meinung, daß Härten bei der Luftbarkeitssteuer vorliegen. Unsererseits mußte ja erst in voriger Sitzung festgestellt werden, daß sogar Volksversammlungen besteuert werden, wenn ein Lied zum Beginn und zum Schluß vorgetragen wird.

Stadtv. Körner: Die Liedertafel hat bei der Gelegenheit, auf die das Gesuch sich bezieht, kein Fest veranstaltet, sondern bei einer Zusammenkunft ist es vorgekommen, daß ohne Ausstellung eines Programms und ohne Erhebung eines Entrees einige Lieder gelungen wurden. Ich bedauere, daß von der Liedertafel eine Steuer für eine Veranstaltung erhoben wird, die im engsten gesellschaftlichen Kreise stattgefunden hat.

Stadtv. Schneider: Es ist gar nicht im Sinne des jetzigen Ausschusses, der seiner Zeit die Luftbarkeitssteuer betrie, daß die Liedertafel von der Liedertafel besteuert werden. Es ist notwendig, daß die Bestimmungen der Luftbarkeitssteuer geändert werden. Ich muß mich schließlich darauf gefaßt machen, daß, wenn ich mir eine Gesellschaft einlade und meine Gäste werden lustig und singen ein Lied, daß ich dann Luftbarkeitssteuer bezahlen muß.

Stadtrat Niemann 2: Die Veranstaltung der Liedertafel war ein reguläres Konzert und keine „Übung“. Das sind Mädchen, die wir uns nicht vormachen lassen. Es waren 200 Leute anwesend und unter dem üblichen Beifall wurde dort konzertiert. Wir als Juristen können uns auf Ausreden nicht einlassen. Ob die Luftbarkeitssteuerordnung geändert werden soll, ist eine andere Sache. So lange sie besteht, muß sie gehandhabt werden. Wenn man die geschlossenen Gesellschaften, wie die Loge, freilassen will, dann läuft das darauf hinaus, daß reiche Leute nichts zu bezahlen brauchen, um so mehr aber die kleineren Leute. Wenn man das will, dann würde der Magistrat lieber die Luftbarkeitssteuer ganz aufheben. Das wäre freilich ein Einnahmeausfall von 145 000 Mark. Wenn Sie diesen Betrag auf die Einkommensteuer schlagen wollen, dann läßt sich darüber diskutieren.

Stadtv. Niemann 2 schließt sich dem Vorredner an.

Stadtv. Demar meint, daß er stets gegen die Luftbarkeitssteuer war. Die Anhänger der Luftbarkeitssteuer sollten sich doch jetzt nicht über die negativen Maßnahmen wundern. Sogar die Vertreter der Autokap-Gesellschaft müssen für die Ausstellung ihrer Apparate Luftbarkeitssteuer bezahlen und zwar früher 10 Prozent, jetzt 2 Prozent der Bruttoeinnahme. Solche Steuern wirken schädlich.

Stadtrat Niemann 2: Bei allen Beschwerden hat der Magistrat vom Oberverwaltungsgericht Recht bekommen, und das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist mir mehr wert, wie das Urteil von Laien.

Stadtv. Schneider: Die Leute, wie die Mitglieder der Liedertafel, machen dem Magistrat keine „Mädchen“ vor. Wir müssen in eine Revision der Luftbarkeitssteuer eintreten. Ich beantrage, daß eine solche Revision vorgenommen wird.

Stadtrat Niemann 2: Es kommt nicht darauf an, ob ein Pauschalbetrag für Geld strafbündel oder ob es „harmlos“ ist. Mit solchen Begriffen arbeitet kein Jurist. Die Kenntnis von der Steuerordnung im Publikum ist sehr gering.

Stadtv. Wandworth: Man darf nicht hart sein. Wenn ein Gesetz zu hart ist, muß man es mildern.

## Feuilleton.

Magdeburg verboten

### Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(52. Fortsetzung.)

Sendlingen schweig, auch der Minister fand zunächst keine Worte. Bleich ging er im Zimmer auf und nieder. „Aber davon kann ja keine Rede sein!“ rief er endlich. „Aus tausend Gründen nicht! Wir sind ja keine Barbaren!“

„Es kann sein und muß sein! Ich will mein Recht!“

„Aber bedenken Sie nur!“ rief der Minister und rief die Hände. „Es wäre ja der würdevollste Schlag, der das Ansehen unserer Justiz treffen könnte. Ein einflussreicher Präsident als Verbrecher vor den Schranken eines Gerichtshofes! — ein Mann wie Sie! Wenn ich erwäge, was Sie gelitten, und wie sich alles gefügt — mein Gott! ein Unmenschen müßte man sein, um nicht ergriffen zu werden, um nicht zu sagen: wenn dieser Mensch vielleicht wirklich ein Frevler war, so hat er das schon tausendfach gebüßt.“

„Sie weigern mir also mein Recht?“ sagte Sendlingen.

„Es wäre Unrecht! — Rufen Sie hin in Frieden, Herr Baron, kehren Sie zu Ihrer Tochter zurück!“

„Ich kann nicht. Ich könnte die Markten meines Gewissens nicht ertragen! Weigern Sie mir meine Strafe, so werde ich mich öffentlich selbst anklagen!“

„Im Gotteswillen: das heißt noch!“ Der Minister trat auf ihn zu. „Ich sehe Sie an, lassen Sie diese Dinge ruhen! Sägen Sie dem Stande, dessen Ehre Sie so lange gewesen, nicht das Schlimmste zu, was ihm widerfahren kann. Und noch Schlimmeres hätte Ihre That im Geolge. Sie würden das Ansehen des Staates untergraben. Erwägen Sie die Zeit in der wir leben — die Revolution alimmt unter der Mähe fort —“

„Ich kann nicht, Excellenz. Thun Sie Ihre Pflicht freiwillig, damit ich Sie nicht dazu zwingen muß!“

Der Minister blickte ihn an; auf diesen Sägen lag die Ruhe eine unerwarteten Entschlusses. „Ein Fanatiker.“ dachte er. „Was jange ich mit dem Menschen an?“ Unschlüssig ging er im Zimmer umher.

„Herr Baron,“ begann er dann, „Sie würden den Staat

in den Stand der Notwehr setzen. Klagen Sie sich öffentlich an, etwa durch eine Broschüre, die Sie im Ausland erscheinen lassen, so würde ich erklären lassen, daß Sie wahnsinnig sind. Man würde mir dies glauben, zweifeln Sie nicht daran!“

„Ich bezweifle es,“ erwiderte Sendlingen. „Ich würde dafür sorgen, daß jedes Bedenken über meine Zurechnungsfähigkeit schwinden müßte. — Ich frage noch einmal, Excellenz, zum letztenmal: welchem Gerichte darf ich mich stellen?“

Wieder ging der Minister lange ratlos auf und nieder. Endlich schien ihm ein rettender Gedanke gekommen.

„Wohlan!“ sagte er. „Thun Sie, was Sie nicht lassen können; wir aber werden thun, was uns die Pflicht gebietet. Sie werden natürlich verschwiegen wollen, wo Ihre Tochter jetzt lebt?“

Sendlingen wurde noch bleicher, er erwiderte nichts.

„Wir aber werden es zu erfahren suchen, und wenn es Tausende kosten sollte, und wenn wir die Polizei der ganzen Erde zu unserer Hilfe ausbieten müßten. Wir werden Ihre Tochter finden und ihre Auslieferung verlangen. Es giebt keinen Staat, der es weigern würde, eine rechtskräftig verurteilte Mörderin der Justiz zu übergeben! — Entscheiden Sie, Herr Baron, ob dies geschehen soll.“

Letztendlich war Sendlingens Antlitz geworden, ein Schauer rüttelte seine Glieder. Es war eine lange Stille im Gemach, sie währte vielleicht fünf Minuten. Endlich murmelte Sendlingen:

„Ich füge mich Ihrem Willen, Excellenz. Möge es Ihnen Gott vergeben, was Sie eben an mir gethan!“

Der Minister atmete erleichtert auf. „Das nehme ich auf mein Gewissen!“ sagte er. „Ich gebe den Vater seinem Kinde wieder. Leben Sie wohl, Herr Baron!“

Sendlingen nahm die dargebotene Hand nicht; er verneigte sich stumm und ging.

— — —

Zwei Tage später erhielt Dr. Berger ein Schreiben Sendlingens, aus Triest datiert. Er teilte dem Freunde kurz den Inhalt seiner Unterredung mit dem Justizminister mit und schloß wie folgt:

„Es ist mir versagt, mein Verbrechen zu sühnen; es ist mir unmöglich, als Verbrecher strafflos zu leben; so gehe ich denn in den Tod. Wenn Du dies liest, ist alles vorüber.“

Teile es meiner Tochter, die ihre Reise bereits angetreten, schonend mit; verbirg ihr die Wahrheit, ich unterstütze Dich durch die Art, wie ich die That vollführe. Vergiß auch Franz nicht, er hart meiner in Köln, ich habe mich nur unter einem Vorwand von ihm frei machen können.

Lebe wohl, Du Treuer, und klage mich nicht an! Du sagtest mir einmal: es muß eine Lösung dieser Verwicklungen geben, eine befriedende Lösung. Ich weiß nicht, ob es eine andere, eine bessere gab, als sie sich nun gefügt. Sieh! meinem Kinde ist geworden, was ihm gebührt, und nicht minder dem Recht: mit höherer Münze, als seinem Leben, kann niemand sein Verbrechen sühnen. Und ich — ich habe mein Kind glücklich werden sehen, ich habe alle meine Schulden ehrlich bezahlt und finde nun für immer den Frieden — auch mir ist geworden, was mir gebührt! Nun darf ich wieder auf Deine Achtung hoffen.

Leb wohl! und tausend Dank!

Viktor.“

Eben hatte der Anwalt, aufs Lieffte erschüttert, dies Schreiben zu Ende gelesen, als sein Konzipient eintrat, die Morgenzeitung in der Hand.

„Haben Sie schon gelesen?“ fragte er. „Sendlingen —“

Er legte das Blatt vor seinem Chef hin. Da stand es: „Ein Telegramm aus Venedig bringt uns die Trauerkunde, daß der Präsident a. D. Freiherr von Sendlingen, einer der geachteten Männer Oesterreichs, am Bord des Lloyd-Dampfers, der gestern nacht die Fahrt von Triest nach Venedig machte, verunglückt ist. Er war noch des späten Abends auf dem Verdeck und ist seither nicht mehr gesehen worden; wahrscheinlich erfaßte ihn, während er sich zu weit über die Brüstung vorbeugte, ein plötzlicher Schwindel, so daß er ins Meer stürzte und verschwand. Ein Selbstmord ist aus inneren Gründen völlig ausgeschlossen; der letzte Mensch, mit dem er sprach, der Kapitän des Schiffes, rühmt die heitere Laune, die der Verstorbene zeigte. Er hinterläßt keine Familie, aber ihn betrauert jeder, der ihn gekannt.“

„Ehre seinem Andenken!“

„Ehre seinem Andenken!“ murmelte Berger und barg sein Antlitz in den Händen.

E n d e.







# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marzowald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Hefke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1867. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 981. Preisnummern zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Belegbogen) 2 Mk. 25 Pf. monatlich 80 Pf. Der Preis für den Abnehmer in Deutschland monatlich 1,70 Mk., 2 Exempl. 2,90 Mk. In der Expedition und bei den Buchhändlern 2,00 Mk. Bei den Buchhändlern 2,25 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inserationsgebühr die sechsstelligen Zeitungsblätter 15 Pf. Vorkaufspreise Nr. 7839

Nr. 220.

Magdeburg, Sonnabend, den 20. September 1902.

13. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

## Die Brüsseler Zuckerkonvention gesichert.

Von agrarischer Seite war die sensationelle Nachricht verbreitet worden, der Kaiser werde dem internationalen Abkommen der Brüsseler Zuckerkonferenz nachträglich seine Unterschrift verweigern und dadurch das ganze mit Mühe und Not zustande gebrachte Werk zerstören. Dieser Entschluß des Kaisers sollte auf russischen Einfluß zurückzuführen sein, der sich während der Nevaler Festtage geltend gemacht habe. Da die agrarischen Blätter immer wieder auf der Wichtigkeit der Meldung beharren, so stellt die „Rölnische Zeitung“ offiziös fest, daß an der ganzen Erzählung von der kaiserlichen Weigerung kein wahres Wort ist, und daß Deutschland selbstverständlich den Beschlüssen beitrifft, die unter seiner Mitwirkung in Brüssel gefaßt worden sind.

Die ungeheuren Zuckerpriese auf der einen Seite, die maßlosen Geschenke, welche die Zuckerindustriellen in Form der Exportprämien auf Kosten der Gesamtheit erhielten, hatten eine solche Empörung im deutschen Volke erregt, daß die deutsche Regierung wohl oder übel genötigt war, ein Jahr vor der Reichstagswahl eine Reform in die Wege zu leiten, welche freilich erst am 1. Oktober 1903 in Kraft treten wird.

Durch die Brüsseler Zuckerkonvention haben sich außer Rußland alle europäischen Staaten — die meisten auch für ihre Kolonien — verpflichtet, bei der Ausfuhr von Zucker nur die im Inland für diesen gezahlte Zucksteuer zu vergüten, nicht aber eine Exportprämie, ein bares Geschenk zu bezahlen. Dadurch können alle europäischen Völker eine beträchtliche Summe, die sie bisher ihren reichen Zuckerindustriellen als „Liebesgabe“ bewilligten, zu anderen, nützlichen Zwecken verausgaben oder zur Ermäßigung der Zucksteuer benutzen. Wurde doch der Zuckerkapitalist in Deutschland 2,50 Mark pro Doppelcentner — im ganzen 14 150 000 Mark pro Jahr — auf Kosten des armen ausgebeuteten Volkes zugewendet. Von den Kolonien der Vertragsstaaten haben sich zur Abschaffung der Exportprämien nur Australien, Neu-Seeland, Kapland, Natal, Kanada und Neufundland nicht verstanden; mögen sie ihre Zuckermagnaten weiter bereichern!

Ferner haben sich die Vertragsstaaten für sich selbst und außer England und den Niederlanden auch für ihre Kolonien verpflichtet, den Zoll auf ausländischen Zucker um höchstens in Höhe von 4,80 Mark pro Doppelcentner über die inländische Zucksteuer zu erheben. Also ausländischer Zucker — für Deutschland kommt nur der Rohrzucker in Betracht — darf künftig nur um etwa 5 Pf. pro 2 Pfund höher verzollt werden als der inländische Zucker besteuert wird. In Deutschland haben wir bisher einen Zoll von 40 Mark pro Doppelcentner; der Zoll beträgt also pro Pfund 10 Pf. mehr als die Inlandssteuer.

Nun haben die Vertragsstaaten festgesetzt, daß der Zucker, der aus Staaten stammt, welche sich der Konvention nicht angeschlossen haben und welche weiter Exportprämien gewähren, höher verzollt werden muß, wie Zucker aus Vertragsstaaten. Hier kommen also hauptsächlich Rußland und Amerika in Frage. Der Zoll muß mindestens um die von dem Lande der Herstellung gewährte Prämie höher sein wie der, welcher auf den Zucker der Vertragsstaaten gelegt wird.

Wäre also die Konvention ohne die Beteiligung Deutschlands zustande gekommen, so wäre deutscher Zucker im Auslande so hoch verzollt worden und deshalb so teuer geworden, daß die deutschen Zuckerindustriellen ein verdammt schlechtes Geschäft gemacht und ihren ausländischen Absatz eingebüßt hätten. Zudeß rechneten die deutschen Zuckerinteressenten nicht mit Unrecht darauf, daß überhaupt keine Konvention zustande kommen würde, wenn Deutschland als das wichtigste Zuckerland ihr den Anschluß verweigerte.

Dann wäre aber alles beim alten geblieben; dann hätten die reichen Zuckerfabrikanten auf Kosten der armen Steuerzahler ihre Riesengeschenke weiter einstreichen können, und deshalb suchten der Abgeordnete Fürst Herbert Bismarck, die Konservativen und Antifemiten den Anschluß Deutschlands an die Zuckerkonvention zu verhindern. Unsere Genossen „als Regierungspartei“ retteten die Vorlage, welche der Bundesrat gemacht hatte, nachdem ähnliches seit Jahren von der Sozialdemokratie verlangt war.

Da die deutsche Zucksteuer leider nur auf 14 Mark herabgesetzt und nicht abgeschafft worden ist, so ist zu erwarten, daß der deutsche Rübenzucker um 4 Pf., der Rohrzucker, der sich hauptsächlich zum Einmachen eignet, um 7 Pf. pro Pfund im Einzelhandel billiger wird. — Das ist wenigstens ein kleiner Fortschritt vom Standpunkt derjenigen, die nicht gerade die notwendigsten Lebensmittel der Armen, sondern die großen Vermögen der Reichen als die geeigneten Steuerobjekte betrachten. —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 19. September 1902.

### Manöverstrategie.

In der „Berliner Morgenzeitung“ schreibt anscheinend ein Militär vom Kaisermanöver in Posen:

„Auf seinem Wege (mit der Kavalleriedivision) wurde der Kaiser an zwei sehr gefährlichen Uebergängen von Radfahrerabteilungen aufgehalten, die erst durch die Maschinengewehre vertrieben werden mußten. Auch die noch ganz intakte 9. Division stand ihm im Wege. Sie hätte unter allen Umständen das Vordringen des Kavalleriecorps verhindern können. Deshalb wurde sie auf höheren Befehl zurückgezogen, damit die große Attacke geritten werden konnte.“

Militärisch interessant ist es natürlich, daß es für richtig befunden wurde, einen im Wege stehenden Gegner durch einen Befehl zu verjagen. — Die Attacke wurde geritten; sie verursachte die Auflösung mehrerer Staffeln Infanterie. Nichts destoweniger enthalten wir uns — als militärisch nicht geschulte Laien — jeder Kritik dieser Taktik. —

### Soldatenernährung.

Vor einigen Tagen wurde in unserem Münchener Parteiblatt das große Rätsel besprochen, daß die Münchener Metzger an das Militär das Pfund Schenfleisch zu 46 Pf. liefern können. Ferner hat die „Münchener Post“ in einer ihrer letzten Nummern einen Lieferungsvertrag zwischen den Küchen des 1. Infanterie-Regiments und den Fleischlieferanten des Regiments veröffentlicht, nach dem man vielleicht glauben könnte, daß die Soldaten gutes Rindfleisch erhalten.

Hierzu äußert sich jetzt in demselben Blatt der frühere Lieutenant Rudolf Krafft, indem er schreibt:

„Sieht man näher zu, so findet man, daß die Geschichte gar nicht so herrlich ist. Zwei Säue aus dem Abzug des Lieferungsvertrages genügt, um die zu bedienen. „Brustfarn, heißt es hier, darf nicht mehr als ein Sechstel, Hals, Bug und dicker Nabel zusammen nicht mehr als zwei Sechstel der jeweiligen Gesamtlieferung betragen, Bauchschlampe, Stich, dünner Nabel, Wadchenkel können nur als Zubehöre geliefert werden; diese Zubehöre und die im Fleisch eingewachsenen Knochen dürfen 11 Prozent des rohen Fleisches der jeweiligen Tageslieferung nicht übersteigen.“

Diemeilen nun  $\frac{1}{6} + \frac{2}{6} = \frac{3}{6} = \frac{1}{2}$  ist, und da der Metzger in die Zubehöre auch noch Wadchenkel, Bauchschlampe, Stich, dünnen Nabel liefern darf, so ergibt sich, daß mehr als die Hälfte der Tageslieferung aus Brustfarn, Hals, Bug, dicker Nabel, Wadchenkel usw. bestehen darf. Nach der Aussage des Obermeisters der Münchener Metzgerinnung, Herrn Würz, sind dies aber minderwertige Fleischteile, die das Publikum nicht einmal um 50 Pf. pro Pfund kaufen will und die sogar von der Freibank nicht angenommen werden.“

Es steht fest, daß der Münchener Soldat ein Fleisch essen muß, das andere Leute nicht einmal zu herabgesetztem Preis essen wollen, für das sich sogar die Freibank bedankt!! Der Soldat ist in den Augen der Herren Metzger also nichts als eine Art „Schuttalagerungsplatz“ für minderwertiges Fleisch. —

## Deutschland.

**Berlin, 19. September.** Die Empfänger von Unfallrenten, deren Erwerbsfähigkeit durch den Unfall bis 15 Prozent vermindert ist, wurden bisher von verschiedenen Sektionsvorständen dahin befehrt, daß sie an Stelle der Rente eine einmalige Abfindung erhalten können. Eine derartige Bekehrung widerstreitet, wie das Reichsversicherungsamt jetzt entschieden hat, dem ganzen Wesen der Renteengesetzgebung und hat in Zukunft zu unterbleiben. —

— Die vom Bundesrat genehmigten Ausführungsbestimmungen zur Brauntweinsteuer-Novelle, deren hauptsächlichste Bestimmungen am 1. Oktober in Kraft treten, während die über die Brennsteuern für den Sommerbrand schon mit dem Tage der Veröffentlichung des Gesetzes Gültigkeit erlangt haben, sollen am Sonnabend im „Centralblatt der Reichsverwaltung“ veröffentlicht werden, damit sie möglichst bald den Interessenten zur Kenntnis kommen. —

— Der Zolltarif in der Subkommission. Die Subkommission der Zolltarifkommission des Reichstages, die am 12. August d. J. eingesetzt worden war, um redaktionelle Änderungen an den Beschlüssen erster Lesung vorzunehmen und Vorschläge für die geschäftliche Behandlung der zweiten Lesung in der Kommission anzunehmen, ist gestern mittag 12¼ Uhr im Reichstage zur ersten Sitzung zusammengetreten. — Vorsitzender Kettich: Es handelt sich hier nur um eine Vorbesprechung für die geschäftliche Behandlung der Zolltarifvorlage in der zweiten Lesung. Wie schon beschlossen worden sei, soll zuerst der Tarif und dann erst das Tarifgesetz behandelt werden. — Verschiedene Abgeordnete sprechen

den Wunsch aus, nicht das ganze Material nochmals in zweiter Lesung zu behandeln. Abg. Stadthagen besteht darauf, wenigstens über alle einzelnen Positionen, die sich auf Lebensmittel beziehen, gesondert zu verhandeln. — Handelsminister Müller erklärt, die Regierung müsse sich ihre Stellungnahme zu den Vorschlägen noch vorbehalten. Damit schließt die allgemeine Debatte. Eine Abstimmung erfolgt nicht. — In der Specialdiskussion spricht Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vpt.) den Wunsch aus, über Getreide, Gemüse und Vieh besonders zu diskutieren. Diefem Vorschlage stimmt die Subkommission zu; auch über jeden sonstigen Hauptabschnitt soll eine allgemeine Debatte stattfinden. Vorsitzender Kettich will in der zweiten Lesung nur diejenigen Positionen behandeln, deren Annahme in der ersten Lesung durch eine zweifelhafte Majorität erfolgt ist. Auch dieser Vorschlag findet Annahme. — Besonders behandelt werden sollen die Positionen: Reis, unpoliert und poliert, Kartoffeln, frisch, Hopfen und Hopfenmehl, lebende Pflanzen, Obst, Mandeln, Pomeranzen, usw., Gerbrinde, Quebrachholz und andere Gerbstoffe. Abg. Dr. Spahn wünscht auch Tee und Cacao nochmals in zweiter Lesung zu behandeln. Dieser Vorschlag findet nirgends Zustimmung. — Besonders behandelt werden sollen ferner noch die Positionen: Vieh und Fleisch, Feringe, Milch, Kleisäfte, künstliche Seide, Gaze, Krepp, Flor, Baumwollgarne, dicke Gewebe, Waren aus Papier und Pappe, Cement, Thonröhren, nicht schmiedbarer Guß, Blech, schmiedbarer Guß, Rätelwerke usw. Handelsminister Müller befähigt sich vor, am Montag vor Beginn der Sitzung eine bestimmte Erklärung abzugeben. Damit schließen die Beratungen der Subkommission. —

— Bayern und die Fleischnot. Das Staatsministerium genehmigte die Einfuhr österreichischer Schlachtviehs in den Schlachthof zu Würzburg. — Die Empörung der hungernden Volksmassen ist also doch nicht ganz ohne Wirkung geblieben, — wenigstens nicht in Bayern. —

— Zur Wirtschaftskrise. Nach einem Telegramm der „Deutschen Warte“ aus Essen kündigte die Bochumer-Gesellschaft die Straßensbahn wegen schlechten Geschäftsganges 38 Angestellten. — Das kann im Winter nett werden! —

— Eine Kanalvorlage angenommen. Die Bremer Bürgerchaft genehmigte das neue Kanalprojekt zur Verbindung der Oberweiser mit der Unterweiser und bewilligte die zur Kanalreinigung erforderlichen Mittel. —

— Der Abschluß mit Herrn Witting. In der gestrigen Ausschichtungsitzung der „Nationalbank für Deutschland“ wurde endgültig mitgeteilt, daß mit dem Geh. Regierungsrat Richard Witting, Oberbürgermeister in Posen, der Vertrag bezüglich seines Eintrittes in die Direktion zum 1. Januar 1903 abgeschlossen worden ist. So hat die für die Arbeiterklasse lediglich konische Hunderttausendmark-Affaire nunmehr ihren Abschluß erreicht. Armes, unglückliches Posen! —

— Centrum ist Trumpf. Neuerdings wurde der Ministerialdirektor Vermuth als mutmaßlicher Nachfolger des Unterstaatssekretärs Nothe im Reichsamt des Innern bezeichnet. Wie ein hiesiges Antifemitenblatt wissen will, ist dieses Gerücht unzutreffend; zum Nachfolger Nothes soll ein bekannter Parlamentarier des Centrum in Aussicht genommen worden sein. Das klingt glaublich. Das Centrum ist ungemünzt regierungsfähig. —

— Die Spiritus-Produktionsbeschränkung, zur Steigerung der Preise, soll nun doch mit dem 1. Oktober beginnen. Die Interessenten haben sich geeinigt. Da kam das arbeitende Volk wieder tüchtig geschöpft werden. —

— Der Kaiser und die Sakatisten. Auf das am Deutschen Tage in Danzig vom Deutschen Ostmarkenverein an den Kaiser abgeordnete Guldigungs-Telegramm ist folgende Antwort eingegangen:

„Herrn Major a. D. von Eidenmann

Sechheim, Bezirk Posen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben den freundlichen Gruß des dort versammelten Deutschen Ostmarkenvereins huldvollst entgegenzunehmen geruht. Seine Majestät freuen sich über die treue Mitarbeit des Vereins an der Erhaltung und Stärkung deutscher Art und Sitte und lassen allen Beteiligten für den Ausdruck ihrer patriotischen Gesinnung danken.

Auf allerhöchsten Befehl  
Der Geheimen Kabinettsrat  
von Lucanus.“

Der Deutsche Ostmarkenverein ist bekanntlich jene Vereinigung, welche ganz besonders den Kampf gegen das „un-dankbare Volk der Polen“ auf seine Fahne geschrieben hat.

— „Kamerad Roberts.“ Wie das „Tagebl.“ zu melden weiß, soll Kaiser Wilhelm, Londoner Blättermeldungen zufolge, Lord Roberts und den amerikanischen General Corbin erjucht haben, ihm in schriftlichen Berichten ihre Ansicht über den Verkauf der deutschen Herbstmanöver auszudrücken. Die Berichte würden natürlich streng vertraulich sein. —

### Oesterreich-Ungarn.

Zur Kossuth-Feyer.

Zu der 100jährigen Geburtsfeier Kossuths werden in Budapest große Vorbereitungen getroffen. Ununterbrochen treffen aus allen Landesteilen Abordnungen ein. Die Menge, welche am Grabe Kossuths vorbeiziehen und Kränze niederlegen wird,



wird etwa 1/4 Million Köpfe zählen. — Donnerstag abend fanden in Passau große Straßendemonstrationen statt. Man schlug die Fenster solcher Gebäude, Restaurationen und Kaffeehäuser ein, welche aus Anlaß der Kostth-Feier nicht befestigt waren. Schließlich gelang es der Polizei, die Ruhe wieder herzustellen. —

#### Unfall in einer Strafanstalt.

In dem berg geräumtesten Gefängnisinsassen sämtliche Fenster, Betten, Geräte und Werkzeuge und machten dann den Versuch, die eisernen Fenstergitter auszubringen, was jedoch mißlang. Als nun eine zahlreiche Menge sich auf der Straße sammelte, schrieen die Sträflinge, daß sie mißhandelt würden und hungern müßten. Drei Kompanien Infanterie mußten mit geschlossenen Bajonetten einschreiten, um die Sträflinge aus den Werkstätten und Korridoren in die Zellen zurückzudrängen. Schließlich wurde das ganze Straßhaus militärisch besetzt. — Furchtbare Mißhandlungen haben offenbar diese Ausschreitungen verursacht. —

#### Schweiz.

##### Neuwahlen in Sicht.

Sonntag, den 26. Oktober, finden in der ganzen Schweiz die Wahlen in den Nationalrat statt. Unsere Genossen, welche bisher 4 Mandate innehaben, werden ihren Bestand hoffentlich verstärken. —

#### Frankreich.

##### Faures über den Dreibund.

Anknüpfend des italienischen Sozialistenkongresses in Ancona ist berichtet worden, Genosse Faure habe an dem Kongress ein Telegramm über ein Schreiben gerichtet, in dem folgende Stelle vorkam: „Der Dreibund ist ein notwendiges Gegengewicht für den französischen Chauvinismus, der sich den Forderungen der Sozialdemokratie so abgeneigt zeigt.“ Die nationalistischen Blätter erhoben darüber einen großen Lärm und auch andere Blätter wie der „Temps“ forderten Faures auf, sich näher zu erklären. Jetzt veröffentlicht Faures in der „Petite République“ folgendes:

Villefranche-d'Albiges, 15. September.

Ich habe kein Telegramm an den Kongress von Ancona, sondern ein Privat Schreiben an Andrea Costa gerichtet, der mich zum Kongress einlud. Die Stelle, die von gewissen Blättern angegriffen wird, lautet:

„Die italienischen Sozialisten arbeiten nach außen an einem großen Werke mit. Sie verfolgen nicht den Dreibund, das Mittel des Gleichgewichts gegen unseren Chauvinismus und gegen die französisch-russische Phantastik; sie entziehen ihm aber nach und nach jeden aggressiven oder feindseligen Charakter und ermöglichen so die weiteren Völkergruppierungen, die die allgemeine Abriistung gestatten werden.“

Italien kann als Mitglied des Dreibundes und Freund Frankreichs und Russlands unter dem friedlichen Einflusse der Sozialdemokratie eine große Rolle in dieser Annäherung zwischen dem Zwei- und dem Dreibunde spielen.

Die nationalistischen Blätter sind mit dieser Erklärung natürlich nicht zufrieden, worüber Genosse Faures sich leicht trösten dürfte. —

#### Niederlande.

##### Eine Niederlage unserer Partei.

Genosse Troelska erhielt bei der am Donnerstag erfolgten Stichwahl 3281 Stimmen, während der Merikale es auf 3327 Stimmen brachte. —

#### Ausland.

##### Akademische Freiheit im Laube des Parismus.

Zwei Erlasse über das Univeritätswesen sind dieser Tage durch den Minister für „Hochschulwesen“ veröffentlicht worden. Der erste Erlass ordnet die Einsetzung eines Disziplinargerichts bei den Hochschulen an. Dieses Gericht setzt sich zusammen aus fünf Professoren, die gewählt und vom Rektor des Lehrbezirks bestätigt werden. Sie entscheiden über alle geringfügigen Vergehen. Die Disziplin gerichte sind unter der Aufsicht des Rektors zu handeln. Die Disziplin gerichte sollen Kuratoren ernannt werden, die vom Rektor des Lehrbezirks ebenfalls aus den Professoren ernannt werden. Sie haben im Verein mit einer Kommission von Hochschullehrern die Aufsicht und Leitung der Arbeiten der Kurie, und treten mit den Studenten in Verbindung, um deren etwaige Wünsche zu hören. Die Vertreter der Studenten sind hierbei gewählte Vorsteher, die von ihnen in zu diesem Zwecke einberufenen Versammlungen gewählt werden. Diese Versammlungen dürfen nur mit Genehmigung des Rektors einberufen werden und sind überhaupt die einzigen, die an der Universität gestattet sind. Alle allgemeinen Studenten-Versammlungen, jede gemeinschaftliche Abreise, jede Einsetzung von allgemeinen Vorständen, öffentlichen Redenhalten und Veranstaltung von Sammlungen, jede Neuerung korporativen Zusammengehens sind verboten. Dagegen ist die Bildung wissenschaftlicher und literarischer Verbände gestattet, vorausgesetzt, daß sie unter der Kontrolle des Rektors bleiben. Die Entscheidung ferner über die Gründung studentischer Vereinskassen, Speisehäuser, Kassen usw. hängt allein von der Universitätsbehörde ab. —

**Kleine politische Nachrichten.** Der französische Kriegsminister hat die Entsendung des Oberkommandos de Saint-Nicolas seiner Stellung bekannt gegeben. — Einem Telegramm aus Venezuela zufolge hat sich der Präsident von Venezuela, Castro, mit 379 Mann in Maracaibo, um dem General Garza in Valencia zu Hilfe zu kommen. General Garza befindet sich noch in Caracas. — In Colon landete das amerikanische Kriegsschiff „Cincinnati“ 50 Marinejäger und ein Schnellkugelhieb Kleinen Kalibers.

#### Aus der Parteibewegung.

**Zu den preussischen Landtagswahlen.** Genosse Dr. Leo Arons veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Artikel, in welchem er eine Aufstellung von denjenigen Kreisen giebt, welche mehr als 500 Wahlmänner zu wählen haben. Die höchsten Wahlmännerniffern weisen folgende Orte auf: Wutßen mit 2200—2300, Köpenick mit 2600—2700, Berlin 3 mit 2700 bis 2800, Quakenburg mit 2900—3000, Dortmund mit 3500 bis 3600. Da nun in vielen Wahlkreisen nicht die geeigneten Lokale zu finden sind, in welchen die angegebene Zahl von Wahlmännern in einem Räume untergebracht werden kann, so erucht Genosse Arons um Mitteilung derjenigen Orte, in welchen ein gleichmäßiger Verlauf der Wahlen unmöglich ist. Magdeburg kommt nicht in Betracht, denn Lokale in denen die dort zu wählenden 300 Wahlmänner untergebracht werden können, besitzen wir in der sächsischen Provinzhauptstadt mehrere. —

#### Gewerkschaftsbewegung.

##### Streiks, Lohn Differenzen und Ausberrungen.

**Metallarbeiter.** In Tegel bei Berlin befinden sich jetzt infolge des Dreierstreiks bei Berzig 15 dort kommandierte Gendarmen; auch fehlt es nicht an Geheimpolitikern. Die Hauptaufgabe dieser Polizeitruppe besteht natürlich im Schutz der Arbeitswilligen. Auch die Große Straßenbahn-Gesellschaft steht im Dienste des Herrn Vorsig. Pünktlich bringt und holt ein Zug die Arbeitswilligen, immer

unter starker polizeilicher Bedeckung. Herr Vorsig hat seinen Mietern in der Kolonie Vorsigwalde bei Strafe der Kündigung verboten, Schlafburschen bei sich zu dulden, es sei denn, daß diese auf dem Werke in Arbeit stehen. Die Dreher wollen noch einmal das Einigungsamt des Gewerbegerichts anrufen. —

**Maurer.** In Barmen wird gestreikt. Zur Werbung arbeitswilliger Maurer hat die freie Zunft einen Agenten entsandt, der mit einem polizeilich beglaubigten Legitimations schreiben ausgerüstet ist. Das ist eine amüsante Neuerung, die bei organisierten Arbeitern auch nicht ziehen wird. —

**Die Arbeitslosen-Unterrichtung im Dachdeckerverband** ist in einer Urabstimmung abgelehnt. Von 3155 Stimmberechtigten erklärten sich 644 dafür und 949 dagegen. 1852 haben überhaupt nicht abgestimmt. —

#### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. September 1902.

##### Aus dem Stadtparlament.

Endlich eine Kulturthat! Trotz des stürmischen Widerspruches des Stadtv. Jänich wurden die Mittel für den Erbau einer polizeilich-widrigen Bedürfnisanstalt einer hiesigen Schule nicht verweigert. Die Sehnsucht nach ansteckenden Miasmen war bei der Mehrheit doch nicht so ausgebildet, wie bei Herrn Jänich, dem sparsamen Gegner sauberer Wasserlosetts.

Amüsant war, daß die Mehrheit der Stadtverordneten die von ihr bisher so geschätzte Luftbarkeitssteuer mit einem Male für äußerst bedenklich hielt; der Verein Liebertafel, dem begüterte Leute angehören, hat einmal für ein großes, von Hunderten von Personen besuchtes Konzert 4 Mark Steuer zahlen müssen. Kein Wunder, daß namentlich der Stadtv. Körner über diese Maßnahme sehr entrüstet war, da er selbst diesem Vereine angehört und von dieser Summe ein Anteil von etwa 2 Pf. auch auf ihn entfallen dürfte. Die Besteuerung bei Wander-Vorträgen und lehrreicher Lichtbilder hielten die Herren für selbstverständlich, so lange die Arbeiterklasse allein darunter zu leiden hatte.

Unsere Genossen Brandes und Haupt glossierten treffend diese Haltung, hatten aber natürlich nichts gegen den Antrag, eine Revision der Luftbarkeitssteuer-Ordnung vorzunehmen. Welche guten Früchte nicht so ein bißchen Schikanierung reicher Leute tragen kann.

Aber nicht nur bezüglich der Vergnügungssteuer waren die Herren zur Inkonsistenz gezwungen. Die neue Geschäftsordnung, welche die Herren — gegen die Sozialdemokraten gegeben hatten, war zum erstenmal in Kraft und sofort fielen die Klagen in die Grube, welche sie anderen gegraben hatten.

Durch die neuen Bestimmungen ist das Stellen von Anträgen bei der Beratung von Interpellationen verboten. Und siehe da! Herr Raßbach, dessen engste Freunde samt und sonders für die neue Geschäftsordnung gestimmt hatten, wollte anlässlich seiner vor ihm übrigens sachlich und nicht unwirksam begründeten Anfrage bezüglich der Fleischnot einen Antrag stellen. Doch ach! — Das mußte ihm versagt werden.

Unsere Genossen hatten sich rechtzeitig vorgelesen und den von uns schon vorgestern veröffentlichten Antrag rechtzeitig eingebracht. — Herr Bürgermeister Fischer gab die Fleischnot zu und leugnete lediglich die Fleischnot, was im Grunde genommen auf einen Wortstreit hinausläuft. Im übrigen erklärte er die Bereitschaft des Magistrats, um eine Öffnung der österreichischen Grenze für das nach dem hiesigen Schlachthaus bestimmte Vieh zu petitionieren.

Unsere Genossen Haupt und Wolf bewiesen, daß die Grenzsperrern überhaupt aufgehoben werden müßten, also nicht nur die österreichische, sondern ebenso die russische und die dänische, und zwar nicht nur für das nach Magdeburg bestimmte Vieh. Leider hatten sich die Reihen der Versammlung durch die lange Tagung stark gelichtet, so daß die Sitzung vor der Abstimmung geschlossen werden mußte, als Herr Brandes den Geniestreich beging, die Weichheitsfähigkeit zu beweisen. Herr Brandes ist Mitglied des Handelsvertragsvereins und für den Antrag unserer Genossen. Wir führen sein Vorgehen also nicht auf Weichheit, sondern auf eine andere Eigenschaft zurück.

Genosse Wolf citierte Pobjelskis Wort vom „Lautsenaal“ und zog sich deshalb eine Miße des Vorsitzenden, Herrn Jänich, zu. Als Genosse Wolf betonte, daß der Minister jenes Wort thatsächlich gebraucht hätte, meinte Herr Jänich: „Das ist aber kein schöner Ausdruck.“ — Stimmt! —

**Genosse Heinrich Schulz** scheidet am 1. Oktober aus dem Redaktionsverbanne der „Volksstimme“ aus, um als leitender Redakteur in die „Bremer Bürger-Zeitung“ einzutreten. —

**Eine verfrühte Nachricht über den Konsumverein.** Im „Central-Anzeiger“ befindet sich ein „Eingekandt“ gegen den Konsumverein Neustadt, welches unterzeichnet ist: Ein Freund von Genossenschaften ohne politische Tendenzen. Wie es mit der Wahrheitsliebe des Freundes beschaffen ist, geht aus seinen unwarhären Mitteilungen hervor, daß sich unter den 99 aus dem Genossenschafts-Verbanne ausgeschlossenen „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen auch der Konsumverein Neustadt befindet. Vielleicht nimmt der „Central-Anzeiger“ die Gelegenheit wahr und berichtet falsch, daß der Konsumverein Neustadt nicht ausgeschlossen und auch noch nicht ausgesreten ist. Eine spätere Generalversammlung wird allerdings — so hoffen wir — die mehr als sonderbare Wirtschaftspolitik des Genossenschafts-Anwalts Dr. Crüger nicht gutheißen und den freiwilligen Austritt aus dem Verbande einstimmig beschließen. —

**Unfall.** Der Müller Gustav Kullf aus Groß-Nottmersleben kam am Donnerstag abend mit der rechten

Hand in das Rannrad des Mählengetriebes, wobei er sich den Mittelfinger quetschte. Der Verletzte fand Aufnahme in der alstädtischen Krankenanstalt. —

**Verhaftung.** Am Mittwoch wurde ein in der Annastraße Nr. 39 wohnender Postkaffeehändler verhaftet, weil er im Verdacht steht, an seiner Pflegetochter ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. —

**Der Hauswirt und die Kohlen des Mieters.** Eine originelle Scene ereignete sich am Donnerstag nachmittag in der Heiligegeiststraße. Ein Kohlenwagen der Firma Schulte u. Scharrer hielt dort vor einem Hause, um Kohlen abzuladen. Dies wurde dem Mietscher seitens des Hauswirts unterjagt, weil das Haus neu angefrachten war und er bereits vor einer Woche dem Mietscher das Abladen verboten hatte. Nachdem der übliche Rechtsstreik darüber war, fand unter dem Gelächter einer ziemlich großen Menschenmenge das Wegschaffen der Kohlen direkt vom Wagen statt. —

**Die ostafrikanische Ausstellung im Museum** ist jetzt durch die Aufstellung der Sammlung unseres Landmannes, des Herrn Dr. Dieking, der lange Zeit am Ufer des Tanganyika-Sees thätig gewesen ist, wesentlich bereichert worden. U. a. sehen wir da einen mächtigen Leder schild, zahlreiche Kriegs- und Jagdspere, Bogen, Pfeile, rohe Axte und ein eigentümlich löffelartig geformtes Ruder. Die Abtheilung: Musikinstrumente ist durch vier umfangreiche Trommeln aus ausgehöhlten Baumstämmen, die mit Kokodil- und Löwenhaut bespannt sind, vergrößert worden. Auch an Schmuck- und Kleidungsstücken ist ein Zugang zu verzeichnen. Interessant ist hier ein enger Ring aus spiralförmig aufgerolltem, dickem Kupferdraht, der von den Jägern als Leibring getragen wird. Das wertvollste Stück der neuen Sammlung aber ist ein Säupfingerring. Während die übrigen Sitzgelegenheiten der Neger, wie die Ausstellung zeigt, nur niedrige Hocker sind, ist dieser Stuhl so hoch wie die unrigen, dreibeinig, aus einem Stück gearbeitet, und trägt eine geschmückte hohe Lehne. Hoffentlich gelingt es, dieses merkwürdige Stück nebst der ganzen übrigen, reichhaltigen Sammlung unserem Museum einzuverleiben. —

**Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** erhalten wir folgende Zuschrift: Die interessante Soubrette des Theaters „Es lebe das Leben“ wird morgen, Sonnabend, zum ersten Male wiederholt. Als nächste Sonntagvorstellung ist die erste Aufführung des „Lohengrin“ in dieser Saison in Aussicht genommen. Diese Aufführung wird zugleich unserem neuengagierten Soubrette Herrn Kurt Stolzenberg Gelegenheit geben, sich unseren Opernfreunden vorzustellen. Die Regieführung in „Lohengrin“ ist dem neuengagierten Opernregisseur Herrn Dr. Böhmert übertragen. Die erste Klassikeraufführung wird am Montag, den 22. September, stattfinden und soll, wie gemeldet, Schillers „Kabale und Liebe“ in Scene gehen. Gleichfalls als Klassikervorstellung wird „Shakespeare“ sehr lange nicht gegebenes „Wieviel Käse um nichts“ vorbereitet. —

**Zwei Wellagen.** Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt ein Prospekt der Modedienstfirma John Henry Schwerin in Berlin bei, außerdem ein solcher des Geschäftshauses Ehrenfried Finke hier. —

#### Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

**St. Etienne, 19. September.** In hiesigen Arbeiterkreisen herrscht die Ansicht vor, daß das Generalkomitee der Bergarbeiter des Loire-Beckens nächsten Sonntag den allgemeinen Ausbruch veranlassen wird, und daß der Ausbruch bereits Montag in St. Etienne und Firminy beginnt. —

**Alto, 19. September.** Der Advokat Murri wurde hier durch den Polizeikommissar Dr. And verhaftet. —

**Konstantinopel, 19. September.** In Galata sind zwei pestverdächtige Erkrankungen konstatiert worden. —

**London, 19. September.** Infolge Explosion in einem Steinbruch in der Grafschaft Yorkshire wurden drei Personen getödtet und drei schwer verwundet. —

**Gelsenkirchen, 19. September.** (Fig. Draht.) Bei Wächtersbach fuhr heute morgen gegen 6 Uhr ein Ballon-Güterzug auf einen Güterzug, wobei eine Anzahl Wagen entgleiste. Zwei gerieten dabei in Brand und wurden durch das Feuer bis auf die Eisenteile zerstört. Der Lokomotivführer des ersten Zuges ist schwer verletzt, sonst sind Personen nicht zu Schaden gekommen. —

**Wien, 19. September.** (Fig. Draht.) Die Defraudation bei der „Länderbank“ beträgt 4 600 000 Kronen, von denen 2 1/2 Millionen fahrgewaschen sind. —

**Wien, 19. September.** (Fig. Draht.) Bisher ist es der Polizei noch nicht gelungen, den flüchtigen Kassenbeamten der „Länderbank“, welcher circa zwei Millionen Kronen defraudierte, zu erwidern. Allgemein wird angenommen, daß Sellmeier einen Selbstmord ausgeübt hat. —

**London, 19. September.** (Fig. Draht.) Ein furchtbarer Brand brach gestern in den Wolllagern der Dock an der Themse aus. Obwohl 18 Dampfmaschinen arbeiteten, gelang es erst nach zwölfstündiger Thätigkeit, das Feuer Herr zu werden. Zwei Feuerwehrcorps erklärten Verletzungen. Der entstandene Schaden wird auf 100 000 Pfund Sterling geschätzt. —

#### Aus dem Geschäftsverkehr.

(Unter dieser Rubrik kostet die Zeile 50 Fig.)

**„Das muß doch ein Vermögen kosten!“** bekommt eine Dame unserer Bekanntschaft oft zu hören, die immer sehr chic und modern gekleidet geht, und sie hat darauf stets die gleiche Antwort: „Sie irren, meine Liebe, meine Garderobe ist billiger, als Sie glauben, denn ich stelle mir dieselbe selbst her. Die „Große Modenwelt“ (veröffentlicht nur Mt. 1.) ist mein Mentor zur Selbstanfertigung meiner Garderobe.“ Die „Große Modenwelt“, ein Modenjournal allergrößten Formats, bietet mit jeder 14-tägigen Nummer Mode für Erwachsene wie für Kinder und sind die farbenprächtigsten Modenkollektionen ganz besonders beliebt. Die Rubrik „Neuestes aus Paris“ hält stets die Leserinnen auf dem Laufenden. Die Handarbeiten-Beilage vornehmsten und größten Genusses, sowie der jeder Nummer beiliegende doppelseitige Schnittmusterbogen dürfte das besondere Interesse der Damen erregen. Eine vornehme Bekleidung mit schönen Illustrationen ziert jede Nummer. Weit über 200 000 Abonnenten zeugen von der Vortrefflichkeit des Blattes. Man achte genau auf den Titel: „Große Modenwelt“ mit bunter Fächerbügelle und Bezugspreis von Mt. 1. — pro Quartal. Abonnements-Annahme bei allen Buchhandlungen, Postanstalten, Gratis-Probennummern bei allen und dem Verlag: John Henry Schwerin, Berlin W 35. Im übrigen verweisen wir auf den heute erscheinenden, reich illustrierten Prospekt. —



## Sozialdemokratischer Parteitag.

München, den 18. September 1902.

### Vierter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

v. Vollmar eröffnet die Sitzung um 10 Uhr mit Besprechung einiger Begrüßungsschreiben.

Die Debatte über die

### Parlamentarische Tätigkeit der Fraktion

mit den vorliegenden Anträgen wird fortgesetzt.

Leutert-Holba: Die Tätigkeit der Fraktion wird allgemein sehr anerkannt. Sie hat sogar dafür gesorgt, daß die Verhandlungen der Zolltarifkommission nicht hinter verschlossenen Türen tagen konnten. Nicht die Fraktion hat ihre Pflicht nicht getan, sondern die Mehrheitsparteien und die Regierung. (Sehr richtig!) Die Arbeit der Fraktion würde erleichtert werden, wenn ihr mehr Material von den Gewerkschaften, den Arbeiter-Sekretariaten, den Gewerbevereinigungen usw. zugehen würde. (Sehr richtig!) Wir dürfen uns nicht gegenseitig Vorwürfe machen, sondern haben alle die Pflicht zur gemeinsamen Arbeit. (Sehr richtig!)

Frau Biehl-Hamburg: Einen Tadel für die Fraktion bedeuten die Anträge auf Propagierung des Achtstundentages nicht. Sie sind veranlaßt vor allem durch die wirtschaftliche Krise, die die Verkürzung der Arbeitszeit besonders nahe legt. Durch den Achtstundentag soll das Proletariat auch gestärkt werden für seinen Emanzipationskampf.

Leber-Hena: Wir müssen für alle Anregungen dankbar sein. Die Fraktion hätte mit mehr Energie den Achtstundentag propagieren können, als sie es getan hat. Gerade bei der jetzigen Krise drängt sich die Einführung des Achtstundentages als absolute Notwendigkeit auf.

Frau Pähler-Chemnitz: Heimarbeit ist gleichbedeutend mit Arbeiterinnen- oder Kinderarbeit. Man kann da nicht, wie es ein Antrag thut, eine Branche ausnehmen. Die Heimarbeit ist ein eitenes Geschwür am ganzen Wirtschaftskörper. Bei der Heimarbeit sparen die Arbeitgeber außer an Löhnen noch die Versicherungsbeiträge. Die Heimarbeit hemmt den Kulturfortschritt. Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß allen Heimarbeitern die Wohlthaten der Versicherungsgesetzgebung zu teil werden.

Alara-Bettin-Suttgart: Auch ich möchte den Antrag auf Einführung des Achtstundentages mit allen Kräften empfehlen. In ihm liegt nicht einmal ein leiser Tadel gegen die bisherige Tätigkeit der Fraktion. Durch die Krise mit ihrem Massenlend ist im Proletariat die psychologisch richtige Stimmung erzeugt, die auf den Achtstundentag hindrängt. Dieser Stimmung muß die Partei Rechnung tragen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe werden gerade durch die Krise ungeheuer erschwert und in solchen Zeiten gerade muß der Kampf um die gesetzliche Erringung des Achtstundentages in den Vordergrund gestellt werden. Wenn seiner Zeit der Minister Wörtcher mit der schlotternden Furcht einer Bedientenfee den Unternehmern zuzurufen konnte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“, so wird das Proletariat bei den nächsten Wahlen mit dem Hohnscheln des Siegers den Scharfmachern zuzurufen können: „Meine Herren, Sie haben nur für uns gearbeitet!“ (Sehr gut!) Der Zeitartikler der „Neuen Zeit“, Genosse Mehring, hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß gerade die gegenwärtige Situation sehr geeignet ist, einen kräftigen Druck von außen auf die Förderung der Sozialpolitik auszuüben. Die Wertung der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Aktion ist vielfach eine falsche, auch z. B. in den bekannten Artikeln des Genossen Parbus. (Hört, hört!) Unsere Vertreter in den Parlamenten können mit Engelszungen reden, sie können die besten Gründe vorbringen, sie werden nichts erreichen, wenn nicht von außen der Druck eines erkenntnisreichen, geschulten, organisierten Proletariats dazukommt. (Sehr gut!)

Timms-München lenkt das Interesse der Fraktion auf die rechtliche Stellung der Arbeiter-Sekretariate. Trotz der unabweisbaren Erklärung Hofadomshs hat das Oberlandesgericht Breslau im Falle Winter beurteilt, indem es geschäftsmäßig mit gewerksmäßig identifiziert hat. Die Fraktion solle noch einmal eine Interpellation einbringen, um der Institution der Arbeiter-Sekretariate die notwendige Ruhe zu sichern. Weiter solle die Fraktion auf die Reform der Krankenversicherung drängen. Wir müssen neben dem Parteivorstand eine Instanz schaffen, die die Vorbereitungen aller parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen treffen muß. Die einzelnen Forderungen der Gewerkschaften müssen von dieser Instanz durchgearbeitet werden, sie müßte andererseits den Verkehr mit den Massen aufrecht erhalten. Die Polwucheragitation war gut angelegt, aber in den Gegenden, wo die katholischen Arbeiter sitzen, ist noch nicht genug geschähen.

Charoth-Crefeld: Der Gedanke des Achtstundentages wird heute auch in nichtproletarischen Kreisen nicht mehr so mit Miszelen behandelt wie früher, das hat die Agitation der Mai-feier bewirkt. Besonders in den staatlichen und kommunalen Betrieben muß der Achtstundentag verlangt werden. Die Einführung würde einen heilsamen Einfluß auf die Privatindustrie haben, das hat sich in anderen Ländern gezeigt. Die Hauptsache ist freilich, daß unsere Fraktion über die Zustände in den staatlichen Betrieben genügend unterrichtet ist. Dem Vorschlag Timms auf Einsetzung einer besonderen Instanz kann ich mich nur anschließen.

Lehndeker-Göschl erhebt die Fraktion, sich der Arbeiter in der chemischen Industrie mehr als bisher anzunehmen. Die Unfallversicherungsbedingungen für die chemische Industrie müßten verschärft werden. In einer Interpellation sollte noch einmal nach den Ursachen des Griesheimer Unglücks gefragt werden, damit die Schuldigen bestraft werden.

Edmund Fischer-Sachsen: Eichhorn hat all die Vorwürfe gegen die sozialdemokratische Fraktion erhoben, die von der bürgerlichen Presse erhoben werden. Auch er hat uns vorgeworfen, daß wir in den Etatsdebatten zu viel schwächen, statt mit Einbringung von Anträgen praktische Arbeit zu leisten. Wenn der große Eichhorn nächstes Jahr in den Reichstag kommt, wird er hoffentlich dafür sorgen, daß sozialdemokratische Initiativanträge stets an erster Stelle zur Beratung kommen. (Heiterkeit.)

Sch-Spann: Ich habe den Vorwurf Eichhorns nicht so tragisch genommen, wie mein Vordredner. Allerdings irrt Eichhorn, daß es möglich sei, die Behandlung von noch mehr sozialdemokratischen Initiativanträgen zu erzwingen. Heute ist gerade die recht ausgiebige Beteiligung an der Etatsdebatte die einzige Möglichkeit, die hier geäußerten Wünsche im Reichstage vorzubringen. Hier ist auch die Regierung anwesend und muß uns Rede und Antwort stehen, während sie bei Beratung der Initiativanträge bekanntlich fast stets mit Abwesenheit glänzt. Den Wunsch Timms teile ich durchaus.

Zubeil-Berlin merkt sich ebenfalls gegen Eichhorn. Die Fraktion habe die ihr zustehenden Rechte nach Möglichkeit ausgenutzt. Die Geschäftsordnung ziehe aber gewisse Schranken. Der Achtstundentag kann gefordert werden, ob das aber so nützlich ist, wie viele glauben, ist mir zweifelhaft. Au eine Einschränkung der Etatsdebatten denken wir nicht, im nächsten Jahre werden sie vielleicht noch ausgedehnter sein. Nur beim Etat können wir ausgiebig Schäden aufdecken. Dem Antrag auf Einführung des Achtstundentages kann in dieser Session unmöglich noch nachgegangen werden.

Eichhorn-Mannheim: Ich habe der Fraktion niemals vorgeworfen, daß sie nichts thue, im Gegenteil, ich habe gesagt, wir können mit dieser Tätigkeit schon zufrieden sein, nur habe ich ange-regt, ob nicht eine gewisse Frontveränderung möglich wäre in der Richtung, daß unsere Initiativanträge mehr zur Verhandlung kämen. Nun ist mir gesagt worden, das ist geschäftsordnungsmäßig unmöglich. Vielleicht ließe es sich aber doch auf irgend eine Weise erzielen. Die Angriffe Fischers waren ganz unberechtigt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In seinem Schlußworte hebt Rosenow nochmals hervor, daß die Fraktion, um dem Berliner Antrage auf Einführung des Achtstundentages nachzukommen, ihren Antrag auf Einführung des Zehn-stundentages mit gesetzlich festzulegenden Fristen zur Herbeiführung des Achtstundentages zurückziehen müßte. Das sei doch unmöglich. Es hiesse, daß die Fraktion sich selbst eine Ohrfeige erteilen solle, die sie gar nicht verdient habe. (Sehr richtig!) Die bayerischen Partei-genossen haben es durch ihre praktische Tätigkeit bereits erreicht, daß die Arbeitszeit in den bayerischen Staatsbetrieben von 11 auf 9½ Stunden herabgesetzt worden ist.

Die Anträge betr. die Verantragung des Achtstundentages durch die Fraktion werden der Fraktion zur Verächtlichung überwiesen. Der Antrag auf Herausgabe eines für die Landbevölkerung gemeinverständlichen Flugblattes über die Tätigkeit der Fraktion wird abgelehnt.

Die Anträge auf Ausdehnung und Reform des Krankenversicherungs-gesetzes werden angenommen.

Der Antrag, der die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages beauftragt, bei der Beratung des Marineetat's die Reichsregierung über die von ihr geübte Auslegung des § 616 des B. G. B. in den Reichs-Werkbetrieben zu interpellieren und die Durchführung der betreffenden Bestimmungen des § 616 zu fordern, wird angenommen. Ebenso werden die Anträge auf Einbeziehung der Heimarbeiter in die Ver-sicherungsgesetzgebung angenommen.

Es käme nun eigentlich die Erörterung der Reichstagswahlen zur Verhandlung. Da aber der Referent Webel heiter ist und die Ver-tagung des Punktes auf Freitag wünscht, wird der Punkt

### Arbeiterversicherung

vorweg genommen.

Vom Referenten Molkenbühr liegt die folgende Resolution vor:

Die Versicherungs-gesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Überlastung und die Unter-nehmer vor Schadenersatz zu bewahren, aufberufen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirt-schaftlich gleichstehenden Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Krankenversicherung;
6. weiteren Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften und der Vor-schriften zur Verhütung von Berufskrankheiten, sowie voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen;
7. Einführung der Arbeitslosenversicherung;
8. Einführung der Witwen- und Waisenversorgung.

Referent Molkenbühr: Die sozialdemokratische Partei hat bisher nur in ihrem Programm zur Frage der Arbeiterversicherung Stellung genommen. Davon heißt es: „Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.“ Mit dem Ausbau der Versicherung hat sich die Partei noch nicht beschäftigt, so daß die Abgeordneten nie wissen, ob sie bei ihrem Eintreten für diesen Ausbau die Partei hinter sich haben. Ferner ist auch der Passus über die maßgebende Mit-wirkung der Arbeiter sehr unklar gefaßt. Vor allem fehlt uns Ab-geordneten, wie gesagt, eine Richtschnur. Wir stellen ja jetzt erst in den Anfängen der Arbeiterversicherung. Es fragt sich, nach welcher Richtung sich die weitere Ausdehnung zu bewegen hat. Der Gedanke des Schadenersatzes ist zur vollständigen Karikatur geworden, sobald man ihn auf den Arbeiter erstreckt. Der Geschädigte sollte gezwungen sein, die Schuld des Unternehmers an dem Unfall nachzuweisen. Natürlich ist dies in den meisten Fällen nicht möglich.

Ich habe früher schon den Gedanken vertreten, daß jeder Mensch wenn er unbeschadet in Ruin gerät, das Recht auf ein Existenz-Minimum hat. Es wird ja heute außerordentlich viel Wissen von dem Segen unserer deutschen Arbeiterversicherung gemacht. Zu ihrer Rettung sollte auch der 961 000 Kilogramm wiegende Obelisk auf der Pariser Weltausstellung dienen. Weit mehr zur Nachweisung hätte man aber anregen können, wenn man in genügendem Maße ange-stellt hätte, was ein Arbeitgeber an einem Tage für die Arbeiter-versicherung zu leisten hat, man hätte nämlich dann mit 6 kuppernen Reichspfennigen auskommen können. (Heiterkeit.)

Sehen wir uns die bestehende Gesetzgebung selbst an. Die Höhe der Krankenunterstützung bemäht man auf die Hälfte des ursprünglichen Tageslohnes und zählte lediglich 13 Wochen Unterstützung. Auch durch die große Zerstückelung in Gemeinden, Betrieben, Zünften, Anknüpfung an die Kranken-kassen wurde ihre Wirksamkeit sehr eingeschränkt. Das es nicht auf Wohlthaten für die Arbeiter, sondern auf andere Zwecke ankam, bewies aber der Ausschluß der Landarbeiter von der Krankenversicherung. Noch 1895 waren von 15 Millionen Sozialarbeitern nur 8 Millionen, also kaum die Hälfte, versichert. Nun soll je eine Reform angebahnt werden. Besonders die Ärzte beschäftigen sich mit der Frage. In Augsburg haben sie erklärt, die ganze Krankenversicherung demora-niere die Arbeiter und untergrabe die Existenz der Ärzte. Sie stellen es so dar, als würden die Klassenleistungen der Ärzte so gut wie gar nicht honoriert. Nun ist seit 1891 die Zahl der Versicherten um 30 Prozent, der Krankentage um 48 Prozent gestiegen, das Honorar der Ärzte aber um 54 Prozent.

Sehr eigenartig ist das Wahlrecht bei den Krankenkassen. In den Ortstagen über 500 Mitglieder wählen Versicherte Vertreter, diese einen Vorstand, dieser die Beisitzer bei den Rentenkassen, diese wieder bilden den Ausschuss bei der Invaliditätsversicherung, diese die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und erst aus diesen gehen die Vertreter beim Reichsversicherungsausschuß hervor, sie sind also siebenmal gewählt, bis sie schließlich da herauskommen.

Die besonders rüchständige Gemeindefrankenversicherung, bei der die Arbeiter an der Verwaltung nicht beteiligt sind, müßte vor allem beseitigt werden.

Auf dem letzten internationalen Versicherungskongreß wurde da-mit gepöht, daß jeder Unfall entschädigt wird, auch wenn ihn der Arbeiter selbst verschuldet habe. Die dem humanen Gedanken steht gegen-über die mangelhafte Entschädigung von höchstens 66⅔ Prozent. Die höchsten Unfallziffern kamen in Gumbinnen und Niederbayern vor, nicht in den industriellen Bezirken. Die Unfallziffer erscheint dadurch kleiner, daß die Berufskrankheiten nicht als Betriebsunfälle mitgerechnet werden. Die meisten Berufskrankheiten sind aber weiter nichts als Betriebsunfälle.

Die Alters- und Invalidenversicherung ist ganz anders aufgebaut wie die Unfallversicherung. Sie hat einen ganz anderen Kreis von Versicherten als die Unfallversicherung. Dies Gesetz greift am weitesten, da es nur einen großen Teil der Hausarbeiter freiläßt. Es fehlt also durchaus an Einheitlichkeit in der Versicherungs-gesetzgebung. Da eine Versicherung an die andere anschließt, ist aber eine Einheitlichkeit durch-aus notwendig. Es müssen alle Arbeiter der Krankenversicherung unterstellt werden, es müssen die Leistungen der Krankenkassen erhöht

werden. Eine höhere Belastung ist möglich. Auf der Frauenkonferenz war von einer Wöchnerinnenversicherung die Rede. Ich bin nicht für eine selbständige Wöchnerinnenversicherung. Die bessere Wöchnerinnen-versicherung ist im Rahmen des Krankenversicherungsgesetzes durchzu-setzen. Es müssen Unfallverhütungsvorschriften, Krankheitsverhütungs-vorschriften erlassen werden. Die Klassen könnten für die Gesundheits-pflege unter Mitwirkung der Ärzte gut organisatorisch tätig sein. Selbstverwaltung ist eine Lebensbedingung für die Arbeiterversicherung.

Nachdem der Redner die einzelnen Forderungen der Resolution begründet hat, wendet er sich der Frage der Arbeitslosenversicherung zu. Der Beitrag käme, wenn Reich, Unternehmer und Arbeiter herangezogen werden, nur 15 Prozent höher als bei der Invalidenunterstützung. Finanziell möglich also wäre die Arbeitslosenversicherung. Wünschenswert ist sie vor allem im Interesse der Arbeiter, die durch nichts mehr förperlich und geistig geschädigt werden als durch die Arbeitslosigkeit. Auch für das ganze Land wäre die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ein Segen. Macaulay sagt einmal sehr richtig, die Länder mit langer Arbeitszeit braucht England nicht zu fürchten, es könnte höchstens überunden werden von einem Volke, das infolge kurzer Arbeitszeit einen gesunden, kräftigen Arbeiterstamm hat, der nicht durch das Elend der Arbeitslosigkeit aufgerieben ist.

Wesentlich ist auch, daß die Versicherung Ursache zu wirtschaftlichen Reformen sein kann. Eine Regelung der Arbeitszeit werden wir z. B. erst dann bekommen, wenn es sich darum handeln wird, die Kosten der Arbeitslosenversicherung auch für die Unternehmer zu verichten. Ferner müssen wir bedenken, wofür bei uns Neigung vorhanden ist; es ist aber klar, daß gerade bei uns die Arbeiterversicherung zu einem Parade-beispiel geworden ist. Wozu würde sonst eine Arbeitslozenzählung vor-genommen. Die Konsequenzen derselben müssen die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung beweisen. Herr v. Schiele sagte mir einmal, eine Lohnstatistik wäre gewiß sehr wünschenswert, aber sie würde große Mißstände aufdecken und wie sollte man die dann beseitigen. (Hört, hört!)

In Reichstag hat Herr Luginow freudig gemeint, eine Reichs- und Arbeitslozenzählung wäre eine Prämie auf Faulheit. (Hört, hört!)

Von Seiten der Gewerkschaften ist nun behauptet worden, eine Reichsarbeitslozenzählung könne den Zwang zum Streikbruch mit sich bringen. Das könnte doch höchstens geschehen durch Entziehung der Unterstützung, und dann wäre der Versicherte gerade so weit wie jetzt. Eine Beschränkung der Gewerkschaftsbewegung wird ganz mit Unrecht bestritten. Hat etwa durch die Baderverordnung die Ge-werkschaftsbewegung der Baderarbeiter gelitten? (Webel: Im Gegenteil!) Etwas anderes wäre es höchstens, wenn die staatliche Versicherung die gewerkschaftliche ausschließen sollte.

Einen weiteren Punkt bildet die Witwen- und Waisenversorgung. Das Centrum propagiert sie, sie ist aber keine Centrumserfindung. Schon vorher ist Freiherr v. Stumm für sie eingetreten. Wir müssen die Waisenversorgung in den Vordergrund stellen. Sind Kinder ihres Ernährers beraubt, so müssen sie unterstützt werden, schon um der Kinderarbeit Einhalt zu thun. Redner schließt mit der Bitte, die von ihm gestellte Resolution anzunehmen. (Uebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

### Nachmittags-Sitzung.

v. Vollmar eröffnet die Sitzung um 1/23 Uhr.

Zum Punkt

### Arbeiterversicherung

sind folgende Anträge gestellt:

Sch-Spann beantragt statt Ziffer 4 der Resolution Molken-bühns „Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten“ zu sagen: „Dedung der Kosten durch eine progressive Einkommen-steuer“, und in Ziffer 5 „Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Krankenversicherung“ statt Krankenversicherung zu sagen: „Ar-beiterversicherung“.

C. Windhoff-Düsseldorf beantragt: Der Vortrag des Genossen Molkenbühr über Arbeiterver-sicherung ist, wenn möglich als Agitationschrift zur Massen-berbreitung geeignet, herauszugeben und so möglichst billigem Preise an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen abzugeben.

v. Elm-Hamburg beantragt: In Bezug auf Punkt 7 der Resolution „Einführung der Ar-beitslosenversicherung“ schließt sich der Parteitag den vom Stutt-garter Gewerkschaftskongreß angenommenen Grundrissen an.

Bernstein-Berlin beantragt, den Eingang der Resolutio-n durch folgende Fassung zu erziehen: Die Versicherungs-gesetze des deutschen Reiches, die haupt-sächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Überlastung zu be-wahren und die den Unternehmern zufallende Schadenersatzpflicht zu vermindern, genügen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse.

Sch-Spann: Den Antrag v. Elm halte ich für bedenklich. Der Parteitag darf sich in dieser Frage noch nicht binden, dazu ist die Frage noch nicht geklärt genug. Die Resolution Molken-bühns hätte uns früher zugehen müssen, hier kommt es auf den Wortlaut an. Redner entwirft des weiteren seinen Antrag.

Zubeil-Berlin: Differenzen bestehen über die Ausführung der Arbeitslosenversicherung. Die Gewerkschaften sind gegen die Molkenbühnsche Auffassung. Ich kann den Standpunkt der Gewerk-schaften nicht teilen. Das Reich muß zu den Kosten für die Ar-beitslosenversicherung herangezogen werden.

Kab-Bungstadt: Molkenbühr hat mit Recht die Berufs-krankheiten als Betriebsunfälle charakterisiert. Besonders die Phosphornekrose gehört dazu.

Frau Biehl-Hamburg: Die Frauenkonferenz hat be-schlossen, die Wöchnerinnen-Unterstützung in der Weise auszubauen, daß auch Schwangere in einer gewissen Zeit vor der Entbindung eine Unterstützung in voller Höhe des ursprünglichen Lohnes erhalten sollen. Zu diesen Unterstützungen, die man allgemein als Mutter-schaftsunterstützung bezeichnen kann, würden auch Wöchnerinnen-ahle, Säuglingsheime usw. gehören, auch z. B. die Hauspflege der im Hause verbleibenden Wöchnerinnen. (Hier ertönt ein Knall und eine Pflanze lodert auf. Die Delegierten erheben sich erschreckt von den Blähen. Unter allgemeiner Heiterkeit stellt sich indes heraus, daß ein Photograph, von den meisten unbemerkt, mit Blitzlicht operiert hatte.) Solche Einrichtungen, wie Säug-lingsheime usw., sollen allerdings nicht den Gemeinden überlassen bleiben. Es ist ja bekannt, daß heute vielfach Säuglinge die Ver-suchsanstalten für ärztliche Anfänger sind. (Sehr richtig!) Diese Mutter-schaftsunterstützung liegt auch im Interesse der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft.

Wolff-Bodum hält eine Reform der Krankenkassengesetzgebung für dringend. Die Hauptsache sei, daß eine gute Aus-richtung der Arbeiter garantiert werde, daß sie gut ernährt und nicht vorzeitig gesund geschrieben werden. Was die Arbeitslozen-versicherung anlangt, so sind die Gewerkschaften gegen eine Reichs-arbeitslozenversicherung, weil sie wohl mit Recht fürchten, daß das Reich, wenn es sich zur Arbeitslozenversicherung aufschwingen würde, die Tätigkeit der Gewerkschaften in Bezug auf Streiks usw. lähmen würde.

Grünwald-Hamburg: Wir haben es nicht nötig, uns in der Frage der Arbeitslozenversicherung festzulegen. Wir können der Fraktion nicht die Hände binden. Die bürgerliche Gesellschaft will ja eine Arbeitslozenversicherung machen. Warten wir ab und nehmen wir dann Stellung.



h. Elm-Hamburg: Mehrere Redner meinten, es sei nicht zweckmäßig, daß sich der Parteitag in der Frage der Arbeitslosenversicherung bindet. Wenn Sie aber die Resolution Molkenbühr, die eine einheitliche Reichs-Arbeitslosenversicherung wünscht, annehmen, dann haben Sie sich gebunden und haben sich in Gegensatz zu dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress gesetzt. (Sehr richtig!) Der einzige Ausweg wäre, den Punkt 7 überhaupt zu streichen. Der Genosse Molkenbühr meinte, die Selbstverwaltung würde schon gewährt werden, weil man ohne dieselbe nicht auskommen könnte. Auch bei der Krankenversicherung hätten die Arbeiter ja ein gewisses Maß von Selbstverwaltung, es ist aber gerade die Gewerkschaften verlangen bei Einführung der Arbeitslosenversicherung volle Selbstverwaltung, es ist aber klar, daß wenn Reich und Unternehmer zusammen zwei Drittel der Beiträge zahlen, sie auch zwei Drittel der Verwaltung für sich verlangen werden. Die Regierung wird ja nicht so bald mit einem solchen Gesetzentwurf kommen, wenn sie auch einen Vertreter zum Gewerkschaftskongress geschickt hat. Wollen Sie sich aber jetzt entscheiden, dann thun Sie es nicht im Gegensatz zum Gewerkschaftskongress. Die Gewerkschaften befürchten, daß bei staatlicher Regelung der Frage ihnen Bedingungen bezüglich Streiks, Sperre usw. auferlegt werden, die sie unter keinen Umständen annehmen können. Auch wir wollen die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter, aber nicht pflöcklich. Die Gewerkschaften sind allerdings im Gegensatz zu Molkenbühr der Meinung, daß die Zwangsversicherung in ihrer Entwicklung gehemmt habe, und nun soll hier eine neue Zwangsversicherung einziehen, während gerade jetzt viele große Gewerkschaften, wie die Metallarbeiter, Holzarbeiter, daran sind, die Arbeitslosenversicherung erst allmählich auszubauen. Molkenbühr zäumt das Pferd beim Schwanz auf. Er will durch die Arbeitslosenversicherung die arbeitsfähige Arbeitszeit, das Koalitionsrecht der Landarbeiter. Umgesetzt wird ein Schuß voraus: Zuerst muß das Koalitionsrecht für alle Arbeiter gewährt werden, so verlangen es die Gewerkschaften. Die H. Frankfurt a. M. erklärt sich mit den Ausführungen Molkenbührs einverstanden, mit Ausnahme seiner Stellung zur Arbeitslosenversicherung.

Eduard Bernstein-Berlin empfiehlt seine rein redaktionelle Abänderung zum Absatz 1 der Resolution, mit der sich auch Molkenbühr einverstanden erklärt habe. Er könne sich keine Arbeitslosenversicherung denken ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften; er könne sich aber auch Gemeinde und Staat nicht ausgeschlossen dabei denken.

Dr. Leo Arons-Berlin beantragte, vor Punkt 7 der Resolution Molkenbühr einzuschalten: „Organisation des Arbeitsmarktes.“ Redner weist kurz auf die Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarkt und Kranken- und Invalidenversicherung hin. Für die Arbeitslosenversicherung aber sei die Organisation des Arbeitsmarktes geradezu Voraussetzung. In Bezug auf die Frage der Arbeitslosenversicherung teile er ganz die Ansicht Bernsteins.

Schrader-Braunschweig bittet die Resolution Molkenbühr anzunehmen.

Dr. W. Borchart-Charlottenburg schließt sich dem Antrag Elm an. In unserem Programm steht der Satz: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Das bedingt, daß wir auch dafür eintreten, daß die Arbeitslosenversicherung nur unter voller Selbstverwaltung der Arbeiter eingeführt werden darf.

Frau Bieg-Hamburg: Die Frauenkonferenz hat die Arbeiterlosenversicherung gefordert und wollte die Kosten durch eine Reichseinkommensteuer aufgebracht wissen. Was wir bezüglich des Ausbaues der Arbeiterlosenversicherung gefordert haben, beantragen wir jetzt als Punkt 6 in die Resolution Molkenbühr einzuschließen: „Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen 4 Wochen vor und 6 resp. 8 Wochen nach der Entbindung und Gewährung von Krankengeld während dieser Zeit in der Höhe des ortsüblichen Tageslohnes.“ Wir fordern dies gerade im Hinblick auf die bevorstehende Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen und der Kinder, denen sie das Leben geben sollen, bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Molkenbühr (zur Geschäftsordnung): Es wird jedenfalls zur Abklärung der Diskussion beitragen, wenn ich erkläre, daß durch die Annahme des Punktes 7 meiner Resolution die Form, in welcher die Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden soll, keineswegs gebunden ist, sondern daß die Art der Durchführung immerhin Gegenstand späterer Beschlußfassung bleiben wird.

v. Elm-Hamburg zieht daraufhin seinen Antrag zurück. H. Elm-Hamburg: Die Erklärungen der Genossen Molkenbühr und v. Elm überheben mich weiterer Ausführungen zur Arbeitslosenversicherung. Der Punkt 6 der Resolution „weiterer Ausbau“ der Unfallversicherungsvorschriften ist nicht glücklich. Die Hauptsache ist, daß die heute bestehenden Unfallversicherungsvorschriften beibehalten werden. Wäre das der Fall, es würden heute viel weniger Unfälle passieren. Die Gesetzgebung muß den Arbeitern das Recht einräumen, die Befolgung der Unfallversicherungsvorschriften zu überwachen. Wenn nur mit den Fabrikinspektoren Arbeiter an der Kontrolle teilnehmen, es wäre ein gut Teil besser. In Bayern giebt es Arbeiterkontrollen; seit ihrer Anstellung ist eine bedeutende Besserung eingetreten. Ich bitte Sie, Ziffer 6 wie folgt zu fassen: 6. Weiterer Ausbau der Unfallversicherung, insbesondere Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählten und durch Reichsmittel besoldeter Beamten.

Windhoff-Düsseldorf beantwortet seinen Antrag, den Antrag Molkenbührs als Broschüre drucken zu lassen.

Stübbe-Hamburg polemisiert gegen das den freien Hilfskassen von Grimwald gebendete Lob. Durch das Streben des Krankentagesgeitzes seien die Ortskassen der einzig gegebene Boden für die Verbindung der organisierten Arbeiter. Am besten würde es sein, den Punkt der Arbeitslosenversicherung ganz zu streichen und erst auf einem späteren Parteitag zu verhandeln. Ein Schlußantrag findet genügende Unterstützung.

Dr. K. H. Lindenwald wendet sich gegen den Schlußantrag. Der Antrag Bieg könne so nicht angenommen werden. Es sei unmöglich, der Zeitpunkt der Entbindung 4 Wochen vorher festzustellen. Daher könne man auch nicht beschließen, daß 4 Wochen vor der Entbindung Unterstützung bezahlt werde. Der Schlußantrag wird angenommen.

In seinem Schlußwort erklärt sich Molkenbühr für den Antrag Hoch, in Punkt 5 statt Krankenversicherung „Arbeiterversicherung“ zu setzen. Auf die Ausführungen v. Elm einzugehen, habe ich nach Zurücknahme meines Antrags nicht mehr nötig. Die Debatte über diese Fragen wird jedenfalls nach dem Parteitag fortgesetzt werden und erst wenn volle Klarheit und damit wohl auch Einmütigkeit herrscht, werde mir über die Form der Arbeitslosenversicherung beschließen. Den Antrag Bernstein bitte ich Sie abzulehnen. Ich habe mich jetzt überzeugt, daß er doch nicht nur redaktionell ist. In der Tat ist er voraus, daß die Unternehmer heute einen Teil des Schadentages fragen. Sie zahlen tatsächlich heute keinen Schadentag, durch einen kleinen Beitrag zur Unfallversicherung werden sie die Mehrzahl dieser Beschäftigung überheben. (Sehr richtig!) — Die Organisation des Arbeitsmarktes ist kein organischer Teil der Arbeiterversicherung. Sie hängt zwar eng mit ihr zusammen, kann aber außerhalb des Rahmens derselben erledigt werden. Die Worte „weiterer Ausbau der Unfallversicherung“ aus dem Antrag Bismarck akzeptiere ich. Der Antrag Bieg geht weniger in das Bereichsangehörige hinein, er ist vielmehr ein Teil der Gewerkschaften. Es erweist sich, daß die Arbeiter, die über die Gewerkschaften hinausgehen, nicht mehr berichten kann, ob 4, 6 oder 8 Wochen vor der Entbindung die Unterstützung eintritt. Die Schlußabstimmung über die Resolution bitte ich Sie vorzunehmen, wenn die etwa dazu angenommenen Punkte in sie eingearbeitet sind, und das Resultat klar zu überlegen ist.

In der Diskussion wird hierauf der Antrag Hoch zu Ziffer 5, der Antrag Molkenbühr, Antrag Arons und Antrag Bieg angenommen. Begleiter mit der Forderung, daß vor „Entbindung“ das Wort „während“ eingefügt wird. Der Antrag Windhoff wird von Singer dahin erweitert, daß nicht nur der Betrag Molkenbührs, sondern die ganze Debatte über diesen Punkt als Agitationsbroschüre zur Verfügung gestellt werden soll und in dieser Fassung angenommen.

Die Endabstimmung über die Resolution wird ausgesetzt bis zur einheitlichen Fassung durch eine aus fünf Personen bestehende Redaktionskommission.

Es kommt der Punkt der Tagesordnung:

### Der internationale Arbeiterkongress in Amsterdam 1903 zur Verhandlung.

Referent Singer: Ich glaube, mich sehr kurz fassen zu dürfen. Unser Programm verpflichtet uns zur internationalen Solidarität. Wir müssen den internationalen Kongressen wie bisher die größte Aufmerksamkeit schenken. Der nächste Kongress findet in Amsterdam im nächsten Jahre statt. Der letzte Kongress hat eine neue Einrichtung geschaffen: das internationale Bureau. Dieses hat sehr fleißig gearbeitet. Es haben Konferenzen stattgefunden. Der nächste internationale Kongress wird vom Bureau gut vorbereitet sein, selbstverständlich kann jedes Land selbständige Vorschläge stellen. Die zahlreiche Beteiligung des internationalen Kongresses muß dastehen, daß das internationale Proletariat aller Länder einig ist. Ich empfehle Ihnen deshalb die folgende Resolution:

Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgedankes möglichst zahlreich zu beistehen.

Die Resolution wird ohne Diskussion angenommen.

Es folgt der Punkt:

### Kommunalpolitik.

Vom Referenten Dr. Lindemann-Stuttgart liegt eine ausführliche Resolution vor, zu deren Begründung er folgendes ausführt: Die Grenzen unserer Kommunalpolitik sind schon dadurch gegeben, daß die Gemeinde als ein kleines Glied in den großen staatlichen Organismus eingegliedert ist. Wir können daher z. B. Versuche noch nicht municipalisieren, wenn dazu in unserem privatrechtlichen Staat mit seinen Machtverhältnissen noch nicht die Möglichkeit geboten ist. In den Gemeinden muß auch die Aufklärungsarbeit geleistet werden, damit die gesetzlichen Vorschriften wirklich zur Durchführung kommen können. Hier liegt der Grund, weshalb die Sozialdemokratie notwendigerweise Kommunalpolitik treiben muß. Was besetztigt werden muß, ist vor allem der unrichtig gewöhnlichen Übertragungen und eigenmächtigen Willkür der Gemeindevorstände. Die lokalen Verwaltungskörper der Gemeinden müssen ein Recht haben auf die Verwaltung sämtlicher öffentlicher Angelegenheiten, während ihnen heute dieses Recht immer erst übertragen werden muß. Die staatliche Bürokratie hat sich vielfach unfähig gezeigt, die örtlichen Verhältnisse der Gemeinden richtig zu regeln. Unsere Aufgabe muß es sein, die Regierung der Demokratie in der Gemeinde zum Durchbruch zu bringen. Daher verlangen wir zunächst volle Selbstverwaltung. Heute kommen die Bürgermeister durch die Disziplinardisziplin der staatlichen Behörde in vielfache Konflikte. (Sehr richtig!) Wenn wir das Prinzip der Einwohnergemeinde im Gegensatz zur Bürgermeisterei verlangen, so folgt daraus die Aufhebung aller Wahlprivilegien und das weitestgehende Wahlrecht natürlich auch für Frauen. Nur eine bestimmte Aufenthaltsdauer von sechs Monaten dürfte für das Wahlrecht gefordert werden. Das Wahlsystem wäre selbstverständlich der Proporz. Die Funktionen des Bürgermeisters sind heute vielfach zu geschwollen. Das Zweikammernsystem andererseits ist zu schwerfällig, daher verlangen wir das Einkammersystem, Aufteilung der gesamten Verwaltungsaufgaben unter die Deputierten. Das Vorkaufsrecht des Staates über die Beschaffung der kommunalen Werke wird durch das Recht der Kenntnisnahme genügend gewahrt.

Welches sind nun die Mittel und Wege, um den Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben möglich zu machen? Das hauptsächlichste Mittel ist die Schaffung leistungsfähiger Gemeinden. Kleine Gemeinden können nicht viel leisten. Die Gemeinden sollen ihre wirtschaftlichen Betriebe nicht in Hinblick auf Profit betreiben. Bei Erzielung von Ueberschüssen muß geprüft werden, welche Klassen der Bevölkerung am meisten betroffen werden. Ein lehrreiches Beispiel bilden die Gas- und Elektrizitätswerke. Die Gas-konsumenten sind in der Mehrzahl kleine Leute, diese müssen also mit den Ueberschüssen der Gasverwaltung das Defizit der Elektrizitätswerke, die meist von kapitalträchtigen Leuten benützt werden, beden helfen. Die Tarif für städtischen Betriebe müssen sozialpolitisch unanfechtbar sein. Das Rabattsystem für große Konsumenten muß beseitigt werden. Bei der Besteuerung kommt es darauf an, die Steigerung des Wertes des Grund und Bodens für die Gemeinde abzufangen. Die Immobilien-Umsatzsteuer erscheint als die beste. Es ist außerdem notwendig, daß der Staat besonders die leistungsfähigen Gemeinden mit Zuschüssen unterstützt, namentlich auf dem Gebiete der Volksbildung, der Volkshygienie und der Armenpflege. Vor allem muß die Gemeinde die Lebensmittel vor Verschlechterung und vor Verteuerung schützen. Auf Milch, Brot, Fleisch und Bier, Dinge, die in nicht so viel Qualitäten, aber in ziemlich gleich bleibenden Massen produziert werden, muß sich die gemeindliche Produktion beschränken.

Weil es inzwischen 7 Uhr geworden ist, muß der Redner sein Referat abbrechen.

Die Fortsetzung wird auf Freitag früh 10 Uhr vertagt und die heutige Sitzung geschlossen.

### Provinz und Umgebung.

Warleben, 19. September. (Unglücksfall.) Gestern, Donnerstag, morgen, geriet in Warleben ein fremder Müllergeselle auf der Vieleserthöfen Mühle, wo er beschäftigt war, beim Abschmieren in das Getriebe. Der hüngrerufene Arzt konstatierte mehrere Knochenbrüche. Der Tod trat eine Stunde nachher ein.

Diesdorf, 19. September. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonnabend, den 20. September, abends 8 Uhr, findet eine Mitglieder-Versammlung unseres Bezirks im Lokale des Herrn Hilbrandt statt. Die Genossen werden Sorge tragen, daß der Besuch ein recht reger wird, da in dieser Versammlung sehr wichtige Fragen erledigt werden sollen und deshalb das Erscheinen eines jeden Genossen dringend notwendig ist. Die Genossen werden erjucht, das Material zur Abrechnung mitzubringen. In der Versammlung werden Mitglieder aufgenommen. Gäste sind willkommen.

Halberstadt, 16. September. (Vom „Genossen“ Lajch.) In welcher sonderbaren Weise das Unternehmertum vorgeht, wenn es gilt, mißliebige Arbeiter auf das Straßenpflaster zu werfen, beweist ein Vorfall bei der hiesigen Firma Lajch. Dort wurde vor drei Wochen fünf Handschuhmachern gekündigt, welche Jahre lang zur Zufriedenheit der Firma gearbeitet hatten.

Unter den fünf entlassenen Handschuhmachern befindet sich auch der Schriftführer des hiesigen Ortsvereins.

Man versucht der verhassten Organisation dadurch zu schaden, daß man die leitenden Personen des Ortsvereins brotlos macht und hofft, es würde sich dann kein anderer finden, der ein derartiges Amt annimmt.

Herr Lajch weiß ganz genau, daß die ungunstige Geschäftslage, deren Grund nicht zum wenigsten auf den Arbeitern und Arbeiterinnen der Handschuhbranche lastet, ihm gefahrlos, solche Handlungen ruhig auszuführen, aber auf

Regen folgt Sonnenschein und mag es auch noch eine Weile dauern, eines Tages wird abgerechnet werden.

Das Verhalten des Herrn Lajch ist uns so bemerkenswerter, als dieser Unternehmer mit dem ihm eigenen durchaus freundlichen Wesen einem unserer Parteigenossen vor Jahresfrist erklärte, er sei eigentlich auch Sozialist. Klammerte sich doch dieser Fabrikant, früher als Handschuhmacher praktisch gearbeitet und mit einigen Vorkämpfern des Verbandes auf „Du und Du“ zu stehen.

Natürlich befällt uns ein Grauen bei dem Gedanken, daß dieser Maßregler von Arbeitern — dessen persönliche Beliebtheit wir übrigens nie in Abrede gestellt haben — den Mut haben konnte, zu behaupten, er stände unserer Partei gar nicht fern. Der Fabrikantsozialismus (System Lajch) hat sich durch die Kündigung der ins Elend gestoßenen Arbeiter glänzend bewährt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Vorstand des Gastwirtvereins in Halberstadt macht bekannt, daß er infolge der teuren Lebensmittelpreise beschlossen hat, die Preise für Speisen zu erhöhen. — Im Mansfelder Seekreis und Harzgebiet sind starke Erbsüße aufgetreten. Die Erbsüße waren von starkem Sturm und Schneetreiben begleitet. — Durch Feuer gänzlich zerstört wurde in Gräfenhainichen das Dalmatische Wohnhaus am Sonntag abend um 10 Uhr. Das Feuer konnte deshalb so rasch um sich greifen, weil die Hausbewohner sämtlich abwesend waren. — Wegen Durchstecherei im Landgerichtsgefängnis wurden am Dienstag in Erfurt der Reisende Rohmann zu 1 Jahr, der Reisende Dr. Kieß zu 3 Monaten und der Gefangenenaufsichtsdienstmann zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Leute hatten gemeinsam circa 200 im Gefängnis angefertigte Zoffkappe beiseite geschafft, um sie zu verkaufen. — Polnische Arbeiter in Giesleben brachten ihrem Aufseher verjährte Stiche bei. Erst das Hinzukommen des Wachtmeisters und Amtsblenders rettete den Angegriffenen. — In Dessau verurteilte die Strafkammer den internationalen Hochkapler Feldler-Wangold wegen schwerer Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrugs zu sechs Jahren Gefängnis.

### Kleine Chronik.

#### Militärgericht und Fälschung.

Die Fälschung der Schießbücher bei dem Königs-Grenadierregiment in Liegnitz gelangte vor dem Kriegsgericht der 9. Division in Glogau zur Verhandlung. Angeklagt waren der Leutnant Kurt von Brandenstein, Feldwebel Paul Brunnecker, sowie die Sergeanten Max Zimmer und Hermann Scholz, sämtlich von der 9. Kompanie des Königs-Grenadier-Regiments Nr. 7. Die Anklage lautete auf vorläufige unrichtige Abstattung dienstlicher Meldungen bezug. Beihilfe hierzu und in einzelnen Fällen auf Ungehorsam in Dienstfachen, Mißbrauch der Dienstgewalt und Betrug. Der Hauptschuldige, Hauptmann und Kompaniechef von Reichmeister, ist wegen Geisteskrankheit außer Verfolgung gesetzt; er ist inzwischen aus dem Militärverhältnis ausgeschieden und bezieht die gesetzliche Pension. Das Kriegsgericht verurteilte den Leutnant v. Brandenstein zu sieben Tagen Stubenarrest, Feldwebel Brunnecker zu zehn Wochen Gefängnis, wovon zwei Wochen auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurden, Sergeant Zimmer zu 21 Tagen Mittelarrest und Sergeant Scholz zu 8 Wochen Gefängnis. Von einer Degradation hat das Gericht abgesehen, weil die Angeklagten sämtlich auf Befehl des Hauptmanns und Kompaniechefs von Reichmeister gehandelt haben. Auffallend ist die Geisteskrankheit des hohen Offiziers.

#### Kleine Tageschronik.

Im Stadttheater zu Stralsburg i. E. wurde bei einer Aufführung von „Demetrius“ der Schauspieler Pöschel durch einen Schuß am Kopfe verletzt und konnte seine Rolle nicht zu Ende spielen. — Eine elektrische Bahn auf den Vesuv, welche die bisherige Drahtseilbahn ersetzen und vom Marinearsenal in Neapel, also mitten aus der Stadt bis an den Fuß des Kraterfegels führen soll, wird geplant. — Zu dem großen Kravall in Genktschoua berichtet die „Schlesische Volkszeitung“, daß etwa zwanzig katholische Geistliche von der russischen Polizeibehörde festgenommen worden seien, da man sie für die Ausschreitungen mitverantwortlich mache. — Das Torpedoboot S 76 kollidierte bei Cuxhaven mit dem Torpedoboot D 9 und erhielt ein großes Loch. — Mit einer Bombe in der Hand betrat ein Räuber die Bureau der Canadianischen Handelsbank zu Cuxhaven in Alaska und verlangte Geld. Die Beamten der Bank griffen zu ihren Revolvern, worauf der Eindringling die Bombe zur Erde fallen ließ. Der Räuber wurde zerschmettert, eine andere Person verletzt. — Der der Kaufmannschiff Rederei in Swinemünde gehörige Dampfer „Dorussia“ ist mit 20 Mann Besatzung im Meerbusen von Biscaya untergegangen und amtlich für verschollen erklärt worden.

### Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Wtg., die vorher zu bezahlen sind.

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Am Sonnabend, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr: Für Alte Neustadt bei Rademacher, Ottenbergstraße 13; für Südburg in der „Berthel Bierhalle“, Schönigerstraße 25.

Verband der Fabrik- und Landarbeiter. Versammlungen finden statt: Sonnabend abend, 8 1/2 Uhr, Bezirk Neustadt bei Bartels, Fabrikstraße 5/6; Bezirk Ditterleben, Sonntag nachmittag 4 Uhr bei Strumpf.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Montag, den 22. Septbr., abends 8 Uhr, Versammlung im „Bürgerhaus“ (gr. Saal).

Verband der Sattler u. Vertu. Berufsgen. Sonnabend, den 20. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der „Bürgerhalle“.

Centr.-Kranken- u. Sterbekasse der D. Wagenbauer, Filiale N. Neustadt. Zahlabend bei Wöhning, Schmidstr. 58.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Sattler. Sonnabend, den 20. Septbr., abends 8 Uhr, Zahlabend in der „Bürgerhalle“.

I. Souburger Musikklub „Konordia“. Jeden Mittwoch und Sonnabend Übungsstunde in Pechaus Restaurant, St. Michaelstraße 30.

Gr.-Salze. Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Volksvereins-Versammlung bei Fr. Biele.

### Briefkasten.

F. G., hier. In Ihrer Angelegenheit wollen Sie morgens in der Zeit von 11—12 Uhr bei uns, Gr. Mühlstraße 3, vorsprechen.

S. Fr., Warbu. Die Versicherung in einer höheren Lohnklasse — als die Verwirklichung beträgt — kann zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten vereinbart werden. Bei Berechnung der Rente tritt in diesem Falle der höhere Betrag in Kraft.



# Schuh-Bazar-Vereinigung

Breiteweg No. 113 **Magdeburg** Neben Café National

Anerkannt  
die  
einzig grosse  
Auswahl  
am  
- Platze -



Unerreicht  
chice, dauerhafte  
Waren  
an  
enorm billigen  
Preisen.

## Winter-Saison 1902/1903

### Pantoffel

<b>Cord</b> mit Absatz	Damen 35 Pf. Herren 45 Pf. Mädchen 30 Pf.
<b>Blüsch</b> mit Ledersohle	Damen 55 Pf. Herren 75 Pf. Mädchen 45 und 50 Pf.
<b>Blüsch</b> mit starker Ledersohle	Damen 1.00 Mk. Herren 1.25 Mk. Mädchen 70 und 80 Pf.
<b>Filz</b> mit Filzsohle	Damen 1.00 Mk. Herren 1.00 Mk.
<b>Filz</b> mit Filz- und Ledersohle	Damen 1.00 Mk. Herren 1.25 Mk.
<b>Dieselben</b> mit Otterbesatz	Damen 1.25 Mk. Mädchen 1.00 Mk.
<b>Leder</b> genagelt	Damen 1.80 Mk. Herren 2.00 Mk. Mädchen 1.35 Mk.

### Chic- u. Tanzschuhe

<b>Roßleder</b> sehr stark	Damen 3.00 Mk.
<b>Glanzziege</b> chic und leicht	Damen 2.50 und 3.00 Mk.
<b>Lackleder</b> elegant	Damen 3.00 und 3.50 Mk.
<b>Lacktuch</b>	Damen 1.80 Mk.
<b>Weiß Leder</b>	Damen 2.75 und 4.00 Mk.

### Spangenschuhe

<b>Leder</b>	Damen 2.75 Mk.
<b>Roßleder</b> sehr dauerhaft	Damen 3.50 Mk. Mädchen 2.25 bis 3.25 Mk.
<b>Roßleder</b> mit Lackspitze	Damen 3.75 Mk.
<b>Roßleder</b> mit Lackblatt	Damen 4.50 Mk.
<b>Lackleder</b> in allen Ausführungen	Damen 3.75 bis 5.00 Mk. Mädchen 2.25 bis 4.50 Mk.
<b>Weiß Leder</b>	Damen 3.00 und 4.50 Mk. Mädchen 3.25 und 3.75 Mk.

### Knopf- und Schnürschuhe

<b>Roßleder</b> starker Straßenschuh	Damen 3.50 Mk. Mädchen 2.25 bis 3.25 Mk.
<b>Roßleder</b> mit Lackblatt	Damen 4.50 Mk. Mädchen 3.50 bis 4.00 Mk.
<b>Borcalf</b> sehr bequem	Damen 5.50 Mk.
<b>Halbleder</b> sehr angenehm	Damen 6.50 Mk.

### Zug- und Schnürschuhe

<b>Roßleder</b> für Herren	4.25 bis 5.50 Mk.
<b>Spiegelleder</b> für Herren	7.50 Mk.

### Zugstiefel

<b>Roßleder</b>	Damen 4.50 Mk. Herren 4.50 Mk. Knaben 4.50 Mk.
<b>Roßleder</b> mit Lackblatt	Damen 5.50 Mk.
<b>Rindleder</b>	Herren 5.50 Mk.
<b>Spiegelleder</b>	Herren 7.50 und 9.00 Mk. Knaben 6.50 Mk.
<b>Halbleder</b>	Damen 7.50 Mk. Herren 9.00 Mk.
<b>Borcalf</b>	Damen 9.00 Mk. Herren 9.00 und 12.00 Mk.
<b>Chebreaurleder</b>	Damen 11.00 Mk. Herren 12.00 Mk.

### Knopfstiefel

<b>Roßleder</b>	Damen 5.50 Mk. Mädchen 2.25 bis 4.00 Mk.
<b>Roßleder</b> mit Lackblatt	Damen 6.50 Mk.
<b>Halbleder</b>	Damen 7.50 Mk. Mädchen 3.50 bis 6.50 Mk.
<b>Borcalf</b>	Damen 9.00 Mk.
<b>Chebreaur</b> garantiert echt	Damen 7.50 und 9.50 Mk.
<b>Tuch</b> mit Backettbesatz	Damen 7.50 Mk. Mädchen 3.50 und 4.00 Mk.

### Schnallenstiefel

<b>Roßleder</b>	Herren 7.50 Mk.
<b>Borcalf</b>	Herren 10.50 Mk.
<b>Spiegel</b>	Herren 10.50 Mk.
<b>Filz</b>	Damen 3.00 Mk. Herren 3.50 Mk.

### Schnürstiefel

<b>Roßleder</b>	Damen 5.00 Mk. Mädchen 3.50 bis 5.00 Mk. Kinder 1.50 bis 2.25 Mk.
<b>Filz</b> mit Roßbesatz	Damen 3.50 Mk.
<b>Halbleder</b>	Damen 7.50 Mk. Mädchen 3.50 bis 6.50 Mk.
<b>Borcalf</b>	Damen 9.00 Mk.
<b>Chebreaur</b> garantiert echt	Damen 7.50 bis 9.50 Mk.

### Agraffenstiefel

<b>Rindleder</b>	Herren 6.00 Mk. Knaben 3.50 bis 5.50 Mk.
<b>Roßleder</b>	Herren 7.50 bis 9.00 Mk. Knaben 2.75 bis 3.75 Mk.
<b>Borcalf</b>	Herren 10.50 Mk.
<b>Chebreaur</b>	Herren 10.50 bis 13.00 Mk.
<b>Lackleder</b>	Herren 10.50 Mk.

### Schaftstiefel

Herren 6.00 und 7.00 Mk.  
Knaben 4.50 und 5.00 Mk.

### Stulpenstiefel

Knaben 4.50 bis 6.50 Mk.

### Ohren- und Spangenschuhe

für Kinder in schwarz, braun und Lackleder 1.00 bis 1.50 Mk.

### Cordohrenschuhe

mit starker Ledersohle nur 90 Pf.

### Filzohrenschuhe 50 Pf.

### Hausschuhe

<b>Filz</b> mit Filzsohlen	Damen 1.50 Mk. Herren 1.80 Mk. Mädchen 1.00 und 1.25 Mk.
<b>Filz</b> mit Filz- u. Ledersohlen	Damen 1.35 bis 2.50 Mk. Herren 1.80 bis 3.00 Mk. Mädchen 1.25 bis 1.50 Mk.
<b>Cord</b> mit Absatz	Herren 3.00 Mk.
<b>Leder</b> mit Wärmefutter	Damen 2.50 Mk. Herren 3.00 Mk. Mädchen 1.50 bis 1.80 Mk.
<b>Seidenplüsch</b>	Damen 2.50 Mk. Herren 2.50 Mk. Mädchen 2.50 Mk.
<b>Farbiges Leder</b>	Damen 2.75 bis 4.00 Mk. Herren 3.50 Mk. Mädchen 2.00 und 2.50 Mk.

# Ausverkauf

werden heute **Sonnabend und Sonntag**, die noch zurückgebliebenen Schaufenster-, sowie andere zurückgesetzten **Schuhwaren zu enorm billigen Preisen.**

## Schuhwaren-Verkaufshaus Gebr. Schachmann

vorm. Otto Wetzel & Co.

Gasse Scharnstraße **69/70** Breiteweg **69/70** Gasse Scharnstraße

Günstige Gelegenheit für Händler und Wiederverkäufer.

Belge allen meinen Freunden und Bekannten hiermit an, daß ich wie im Vorjahre wieder auf der Messe auf dem alten Stande ausstehe und empfehle

ff. Reichswürstchen  
ff. Saucischen u. Sauerische.  
Frau Wwe. Keppler  
Wurstfabrik mit Dampftrieb.

### Großes Lager

fertiger Herren-, Knaben- u. sämtl. Arbeiter-Garderobe. Blaue Schuh-Anzüge in Leinen und Leder, Sammet-Manchesterhosen, Schwere und leichtere engl. Leder-Hosen, einfarbig und gestreift, in schönen Mustern, Normal- und Darchenthemden, Unterhosen, Wollene Jacken, Jagd-Westen, Sweater zu den billigsten Preisen bei **A. Martens, Johannisfahrstr. 11**  
Inhaber: Willy Martens  
Rohstofflager, engl. Leder, Sammet (Manchester) zu Sport- u. Knaben-Anzügen in den gangbarsten Farben.  
Anfertigung nach Mass.

**Gratis** verlange man von jedem Kolporteur ein Verzeichnis von Meyers Volksbüchern. Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme.

### Auf Abzahlung!

officiere **Möbel**

Spiegel u. Polsterwaren

Herren- u. Kinder-Garderobe fertig und nach Maß.

Schwarze u. farbige Kleiderstoffe

sämtl. Manufakturwaren.

Auf Abzahlung!

Theod. Matthies

Heiligegeiststr. 36, I.

### Zur Messe

empfehle meine **Konigkuchen, Schokoladen und Zuckerwaren**

in bekannter Güte und bitte um gütigen Zuspruch.  
**C. W. Dornfeld**  
letzte Reihe, bei der Regierungshauptkasse.

### Zum Umzug

empfehle ich **Sinoleum-Läufer** von 50 Pfg. an per Meter.

**Sinoleum-Teppiche** von 3.00 Mk. an p. Stüd, in prachtvollen Mustern.

**Sinoleum-Vorlagen** vor Waschtische, von 50 Pfg. an p. Stüd.

**Sinoleum-Reste!!**

**Sinoleum** zum Auslegen ganzer Zimmer von 1.00 Mk. an pro Quadratmeter.

### Hugo Nehab

Special-Geschäft für Gummitwaren, Wachsind und Sinoleum  
**Johannisbergstr. 2**  
gegenüber den Rathaus-Kolonnaden.

### Schuhwaren!

Billig! Billig! Herren- u. Damentüfel, Stiefel, Turn-, Strand- u. Kinder-schuhe, Pantoffeln, auch aus Kontursmassen stamm. Waren **Nur Anstadt, str. 44.**

### Achtung!

Den geehrten Einwohnern von Magdeburg und Umg. zur Nachricht, daß ich **Blaubeilstrasse 4** ein Inflationgeschäft für Gas, Wasser und Fahrrad-reparaturen eröffnen habe und bitte mein Unternehmen gütig unterstützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll **Wilh. Lühmann.**

Stahlfedern empj. Buchhandl. Volksstimme.

### Wieder eingetroffen:

**Das bürgerliche Gesetzbuch**

Preis elegant gebunden 75 Pf. (Bodenpreis 1.50 Mk.)

Bessere Ausgabe mit Erläuterungen.

478 Seiten 478 Seiten Preis 4 Mark.

Buchhandl. Volksstimme  
Jakobsstraße 49.

### Herren-Anzüge

moderne Damen-Umhänge Jacketts u. Paletots Anzahlung von 5 Mk. an 401

nur bei **S. Osswald**

Magdeburg Alte Ulrichstr. 14, I.

Wo allopathische Kunst versagte, bewährte sich noch in ungeläufigsten Fällen die Anwendung der homöopathischen Kurmethode.

Behandlung nach den Grundsätzen der Homöopathie, gestützt auf 15jährige erfolgreiche Thätigkeit durch **Visser, Magdeburg** Jakobstraße 3.

**Gast- u. Logierhaus** in Magdeburg 155 nachweislich sehr rentables Geschäft! sofort zu verkaufen. Offerten unter **H. 155** wolle man richten an die Expedition ds. Bl.

**Verband der Fabrik- und Landarbeiter.** Versammlungen finden statt: **Bezirk Neustadt** Sonnabend, den 20. September 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Bartels, Fabrikstrasse 5-6. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Schumann. Verbandsangelegenheiten. **Bezirk Ottersleben** Sonntag, den 21. September, nachm. 4 Uhr, bei Strumpf. Tagesordnung: Vortrag. Verbandsangelegenheiten. Verschiedenes. Erscheinen aller notwendig. 658

**Öffentliche Volksversammlung** Montag, den 22. September 1902, abends 8 Uhr in der „Zerbster Bierhalle“, Schönningerstr. Vortrag des Genossen Redakteur **P a n s M a r k w a l d** über: **Die Entstehung der Religion.** Der Einberufer.

### Cirkus Bauer

(Direktor H. Bauer) Heute abend 8 Uhr:

**Sport-Abend**

Sonntag, den 21. September

Große **2 Vorstellungen 2**

nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

Stets wechselndes Programm, nur das Beste vom Westen auf equestriem Gebiete, alles bisher Gebotene übertreffend. Alles Nähere d. Austragzettel. Hochachtungsvoll Die Direktion.

### Stadt-Theater.

Sonnabend, den 20. September 1902. **Es lebe das Leben.** Drama in 5 Aufzügen v. Sudermann.

### Walhalla.

Gastspiel **K o N o R a H**

Die **Über-Rennbahn-Compagnie** bleibt nur noch einige Tage.

### Kupferschmiede.

Sonnabend, d. 20. September

Besichtigung **der Konsum-Fäcterei.** Männer und Frauen. Abmarsch 10 Uhr abends von Wintexs Restaurant, Rogauerstr. 80. Treffpunkt: Haltestelle Wittenbergerstr. (Dingb.) Alle Männer und Frauen pünktlich.



**Noch nicht dagewesen! Staunen erregend!**

Der unglaublich billige

Preis <sup>meiner</sup> <sup>Sohnwaren</sup> <sup>lässt es</sup> <sup>als ein</sup> **Rätsel** <sup>erscheinen,</sup> <sup>denn</sup> **Endlich**

die richtige **Bezugsquelle** sagt Jeder

der sich von der Güte meiner wirklich dauerhaft und solid gearbeiteten Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe und -Stiefel in einfachster und elegantester Ausführung überzeugt hat.

**Das riesenhafte Lager bietet enorme Auswahl!**  
**Strengste Reellität.**

Um das verehrliche Publikum von allen Vorteilen, welche ich biete, zu überzeugen, verkaufe ich von heute, so lange die Vorräte reichen, zu

**fabelhaften Extra-Preisen.**

Bitte meine Schaufenster zu beachten!

**Gustav Richter Nachfolger Edmund Steinfeldt**  
**Schuhwaren-Verkaufshäuser**

Haupt-Geschäft: **Breitweg 3a**, schräggegenüber der Hauptpost. I. Filiale: **Jakobsstrasse 38**, Ecke Rotekrebsstrasse. II. Filiale: Neustadt, **Lübeckerstrasse 16**.

Selten günstige Kaufgelegenheit, die Jeder benutzen muss.

**Geld!**

**Leih-Haus**  
**Adolph Michaelis,**  
Apfelstr. 16, I.

Geöffnet von 8-8 Uhr.  
Strengste Verschwiegenheit.

In großer Auswahl

zu fabelhaft billigen Preisen verlaufe

**Herren- und Damen-Uhren, Ringe, Ketten, Anzüge, Hosen, Ueberzieher,**

sowie **Wanduhren, Regulateure, Nähmaschinen.**

Apfelstr. 16, 1 Tr.  
**Adolph Michaelis.**

**Gross-Ottersleben.**

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Gr.-Ottersleben und Umg. hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich hier ein

**Uhren- und Goldwaren-Geschäft** eröffnet habe.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, jeden mich Besuchenden streng reell zu bedienen und bitte mein Unternehmen gütlich zu unterstützen.

648 Hochachtungsvoll  
**Hugo Neste.**

**Sohlleder - Ausschnitt**

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel zu den billigsten Preisen empfiehlt

**Joseph Kullmann**

vormals Röder & Drabandt  
25 **Jakobsstrasse 25.**

Meinen geehrten Kunden zur gefl. Nachricht, daß ich außer Wurstwaren usw. sämtliche Fleischwaren, wie

**Kind-, Schweine-, Kalb- und Hammelfleisch**

führe und bitte ich auch in diesen Artikeln um Ihr gütiges Wohlwollen.

**Heinrich Nehring**

Fleischermeister

Magdeburg-Neustadt, Weinbergstr. 20.

**Buckau.** **Buckau.**

Wegen Aufgabe des Ladengeschäftes

verlaufe ich sämtliche **Schuhwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen**

**C. Kunze, Schuhmachermstr.**

Schönebeckerstrasse 107a Schönebeckerstrasse 107a.

**Leder - Ausschnitt**

sowie Leisten und Schuhmacher-Bedarfsartikel kaufen Sie am besten und billigsten bei

**Meyer Michaelis, Gr. Marktstraße 8.**

**C. Haack**

Stephansbrücke 8

Messe-Stand: Eckbude vis-à-vis Regiorungsstrasse

empfiehlt in größter Auswahl bei billigsten Preisen: Thüringer Wollwaren, als Jagdwesten, Unterjacken, Unterhemden und Unterhosen, sowie alle in dies F.-H. schlagende Artikel. Frauen- und Kinder-Bekleidung auch nach Maß. Beste Bezugsquelle in Kinder-Mänteln. Gütigen Zuspruch erbittet  
**C. Haack.**

**Sudenburg.**

**Ausnahme-Preise**

bis 10. Oktober

auf sämtliche Waren.  Rabattmarken werden verabfolgt.

**Gebrüder Zweig**

Sudenburg, Halberstädterstr. 118a.

**Herren- Damen- Kinder-Garderoben**

neueste Jacans und Garderoben  
**Kinder- u. Sportwagen**

ebenfalls alle Arten von **Möbeln**

unter billigsten Bedingungen **auf Teilzahlung**

**Max Meyer**

Breitweg 30  
Eingang Judengasse



# H. LUBLIN

## Linoleum-Preise.

### Linoleum-Meterwaare

<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 60 cm	Zweite Wahl	Meter	<b>45</b> Pf.
<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 60 cm	Erste Wahl	Meter	<b>55</b> Pf.
<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 67 cm	Zweite Wahl	Meter	<b>55</b> Pf.
<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 67 cm	Erste Wahl	Meter	<b>65</b> Pf.
<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 90 cm	Zweite Wahl	Meter	<b>75</b> Pf.
<b>Linoleum-Läufer</b>	Breite 90 cm	Erste Wahl	Meter	<b>85</b> Pf.
<b>Linoleum zum Belegen</b>	Breite 100 cm	Erste Wahl	Meter	<b>90</b> Pf.
<b>Linoleum zum Belegen</b>	Breite 200 cm	Erste Wahl	Meter	<b>1.80</b>

### Linoleum-Teppiche

<b>Linoleum-Teppiche</b>	vom Stück	Größe 130 200	Stück	<b>2.25</b>
<b>Linoleum-Teppiche</b>	vom Stück	Größe 200 250	Stück	<b>4.25</b>
<b>Linoleum-Teppiche</b>	vom Stück	Größe 200 300	Stück	<b>5.10</b>
<b>Linoleum-Teppiche</b>	mit Kante	Größe 150 200	Stück	<b>5.25</b>
<b>Linoleum-Teppiche</b>	mit Kante	Größe 200 250	Stück	<b>8.50</b>
<b>Linoleum-Teppiche</b>	mit Kante	Größe 200 300	Stück	<b>10.75</b>
<b>Linoleum-Vorlagen</b>	mit Kante	Größe 70 90	Stück	<b>75</b> Pf.
<b>Linoleum-Vorlagen</b>	mit Kante	Größe 70 90 extra stark	Stück	<b>1.00</b>

 Nur Einzelverkauf — nicht an Wiederverkäufer 